

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Courteure zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 3.10,
pro Bode 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7103.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühr
beträgt für die fünfspaltige
Zeitung oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Insertate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 31.

Breslau, Freitag, den 8. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Die neue Tabaksteuervorlage.

I.

In der Begründung der neuen Tabaksteuervorlage, welche binnen Kurzem im Reichstage zur Verhandlung steht, heißt es im Eingange kurz und bündig:

„Im Jahre 1893 ist, um für die vermehrten Bedürfnisse des Reiches die erforderlichen Deckungsmittel zu gewinnen, dem Reichstage der Entwurf eines Gesetzes unterbreitet worden, welcher auf eine wesentliche Steigerung des Ertrages der Tabaksteuer abzielt. Das Gesetz ist nicht zur Verabschiedung gelangt. Die Gründe, welche den verbündeten Regierungen die Erzielung höherer Erträge aus der Tabaksteuer geboten erscheinen ließen, bestehen fort, auch wenn von einer Dotierung der Einzelstaaten über den jetzmaligen Betrag der Matrikularbeiträge hinaus abgesehen wird.“

Und nunmehr macht sich die „Begründung“ ihre Aufgabe, die Notwendigkeit und Ausführbarkeit einer höheren Belastung des Tabaks nachzuweisen, kinderleicht, indem sie nach einem Hinweis darauf, daß der Tabak bisher einen Steuerertrag von 56 Millionen Mark erbrachte, einfach erklärt:

„Es kann indeß kein Zweifel darüber obwalten, daß diese Einnahme noch bei Weitem nicht der Besteuerungsfähigkeit des Tabaks entspricht. In sämtlichen anderen größeren Staaten Europas ist die Belastung des Tabaks um ein Mehrfaches höher als im Reiche. Eine Steigerung des Steuerertrages um etwa 32 Millionen Mark im Jahr erscheint hiernach durchaus möglich.“

Diese glücklichen deutschen Steuerzahler, sie wissen garnicht, welche einen Vorzug sie gegenüber den Bewohnern anderer europäischer Staaten darin besitzen, im Deutschen Reiche wohnen und um ein Mehrfaches weniger an Tabaksteuern zahlen zu dürfen, als wie eben jene Steuerzahler außerdeutscher Staaten. Freilich sind wir Deutschen so nörgelüchlig, diese offenkundigen Vortheile nicht gelten zu lassen. Wir berechnen pedantisch, was wir Alles an sonstigen Steuern, directen und indirecten, zu zahlen haben und kommen dann mit grämlichem Gesichte zu dem Resultat, daß wenn auch die Steuerzahler anderer europäischer Staaten alljährlich ein nettes Stümchen Geld in ihre Steuerkassen fließen lassen müssen, (erhebt sich doch der geringe Mißoch Militarismus in fast allen Culturstaaten Europa's

furchtbare materielle Opfer), wir Deutschen es doch am Ende, was Steuerlasten anlangt im Großen und Ganzen mit Jedem aufnehmen können, ungeachtet dessen, daß wir vielleicht für den Tabak wirklich etwas weniger Steuer entrichten, wie diese oder jene Steuerzahler außerdeutscher Staaten.

Und der Deutsche ist dem Steuerzahler so abgeneigt, daß er trotz aller Bemühungen unserer Reichsfinanzminister, den dummen Michel aufzuklären über die Wohlthaten einer höheren Tabakbesteuerung, gar keinen Grund ersuchen kann, weshalb er um zu all den sonstigen Steuern die er schon zu tragen hat, auch noch erheblich mehr Steuern für seinen Tabak zahlen soll, lediglich zum größeren Gedeihen des Militarismus, der ihm ohnehin schon bald Kopf und Kragen kostet. Und es will ihm nicht einmal als ein Trost erscheinen, daß man auch in anderen Staaten höhere Steuern für den Tabak zahlt, er sagt sich vielmehr in seiner unbegreiflichen Verblendung: Was geht das zum Teufel mich an, wie viel man anderswo an Tabaksteuer zahlt, ich habe keine Lust, mich immer weiter schröpfen zu lassen, ich will endlich meine Ruhe haben vor dieser verfluchten Steuermaschine, die einem das letzte Mark aus den Knochen und den letzten Pfennig aus den Taschen preßt!

Und dabei ist diese Steuererhöhung um 32 Mill. Mark pro Jahr doch so „durchaus mäßig“ und es ist schier ein Wunder, daß die Herren Miquel und Bosadovsky so bescheiden waren, hätten sie doch mit Leichtigkeit unter derselben „Begründung“ nachweisen können, daß auch die neue erhöhte Einnahme „noch bei Weitem nicht der Besteuerungsfähigkeit des Tabaks entspricht“ und man deshalb statt 32 doch gleich 64 Mill. Mark mehr heraus schlagen könne.

Freilich stimmt es mit den 32 Millionen Mark Mehreinnahme ohnedem nicht ganz, denn unter den Wirkungen der neuen Steuer würde die gegenwärtige Steuerbelastung des Tabaks im Betrage von rund 55 Millionen Mark sich erhöhen auf 95 1/4 Millionen Mark, also um über 40 Millionen Mark. Zu einem Mehr des Ertrages um etwa 32 Millionen Mark ist die Reichsregierung durch die mehr wie eigenartige Berechnung gekommen, daß sie die Vermehrung der Verwaltungskosten im Betrage von rund 4 Millionen Mark gleich von dem zu erwartenden Mehrertrag in Abzug bringt und daß sie außerdem etwa 4 1/2 Millionen Mark in Abzug bringt „mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Schätzung des bisherigen Consums“, wie es scheint, eine vorsichtige Umschreibung der Annahme, daß sich

der Consum in Folge der höheren Belastung des Tabaks um 5 Procent vermindern würde. In Wirklichkeit würde diese Verringerung des Consums in Folge der höheren Besteuerung eine ganz erheblich größere sein.

Wie sich die Begründung der Vorlage um die Frage der voraussichtlichen Consumverminderung herumdrückt, so drückt sie sich auch um eine Reihe anderer Fragen, besonders um die so überaus wichtige Frage herum, wie und wo die vielen Tausende Lohn und Brot wieder finden, die durch die neue Tabaksteuer um ihre bisherige Existenz gebracht werden. Wir aber haben an der Beantwortung dieser Fragen ein besonders lebhaftes Interesse und wollen daher in einigen weiteren Ausführungen die voraussichtlichen Wirkungen dieses jamosen Reichssteuerprojectes einer etwas eingehenderen Betrachtung unterziehen.

Politische Rundschau.

Gegen die Umsturzvorlage richtet sich eine immer stärker anschwellende Bewegung in den Kreisen der Centrumswähler, namentlich im Westen und Süden des Reiches. In Elberfeld-Barmen, wo ein jahrelanger „Bruderzwist“ die Centrumspartei gespalten hatte, hat am Sonntag, den 3. d. Mts., nach der Wiederherstellung der Einigkeit die erste größere Versammlung stattgefunden, die von annähernd 1000 Personen besucht war. Diese nahm nach der „Köln. Volkszeitung“ auf den Vortrag eines Kaufmanns Grimm aus Frankfurt a. M. einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute auf dem Johannisberg zu Elberfeld tagende Katholikerversammlung verurtheilt auf's Entschiedenste die freisinnige Umsturzvorlage der Regierung und fordert die Centrumsfraction des Reichstages auf, diese in der Fassung der Regierung abzulehnen.“

Die „Dtsch. Reichstg.“ erhält eine Menge von Zuschriften aus allen Himmelsrichtungen, von Geistlichen und Laien, die mehr oder minder erregt und drastisch das Centrum davor warnen, sein eigenes Grab zu graben. Ein Brief aus München läßt sich folgendermaßen aus:

„Im Süden herrscht im Volke darüber (über die Aussicht, daß das Centrum die Umsturzvorlage annimmt und sie dadurch Gesetz werden könnte) die allerbitterste Mißstimmung. Die Folgen werden nicht ausbleiben: Das Centrum wird Volkspartei sein oder wird nicht sein. Diese

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

14) „Sie fordern die Revolution ja geradezu heraus, wenn Sie thun, als ob man wirklich bessern müßte,“ sagte der Onkel.

„Und Sie machen Sie unvermeidlich, wenn Sie sagen, daß Sie gar nichts thun wollen!“ erwiderte Dusaule.

Dieses Wortgefecht hätte vielleicht noch lange so dauern können, wenn die jungen Mädchen nicht dazwischen geschwirrt wären. Miß May wollte die Meinung der Herren über eine andere Frage, die nicht weniger interessant war wie die sociale Frage, hören: es handelte sich darum, ob man wohl in Frankreich eine neue Art, zu Pferde zu sitzen, die in England aufgefunden war, einführen sollte. Ob die Damen wie die Männer rittlings reiten sollten? Diese ernste Frage interessirte Suntrum ganz besonders, der Miß May seine Ansicht darüber mittheilte. Henry Dusaule hat während dieser Zeit Germaine, ihm eine Arie aus Sigurd zu singen, für die er zu schwärmen behauptete. Und so verbrachte man den Abend, wie so viele Abende in den feineren bürgerlichen Kreisen.

5. Kapitel.

Wie kommt es, daß Worte, die wir schon hundert Mal gehört haben, uns mit einem Male in ihrer

ganzen Bedeutung zum Bewußtsein kommen und dann ebenso schnell und unerwartet eine Umwandlung unseres Herzens bewirken? Wie geht es zu, daß ein Samenkorn, das lange auf hartem Boden gelegen, dann doch eines Tages auf derselben Stelle etwas fruchtbare Erde findet, in die es nun eindringen und Wurzel schlagen kann? Es ist ein wunderbares Geheimniß, das die Menschen durch ein anderes Geheimniß aufzuklären suchen, indem sie irgend ein unbestimmtes und räthselhaftes Etwas eingreifen lassen, das sie die göttliche Gnade nennen.

Während der Tage, die dem Diner folgten, vollzog sich, von Niemandem bemerkt, eine eigenthümliche Umwandlung in Andre's Geist. Was er auch that oder thun wollte — immer war es ein Gedanke und stets derselbe, der — gleich dem Wassertropfen, welcher im endlos wiederholten Niedersinken schließlich den Felsen aushöhlt — immer wieder das Hirn zermarterte. „So also,“ sprach er bei sich, „drohen die beiden Schichten der Gesellschaft, in der ich lebe, eines Tages in furchtbarem Zusammenstoß aufeinander zu prallen, und ich, ich stehe zwischen ihnen mit gekreuzten Armen, unthätig, unnütz, unbekümmert um das, was kommen wird, ein lebendig Todter, ein Mensch, der in seiner Passivität eine vollkommene Null ist, ein Mensch, der für die Gesamtheit noch weniger bedeutet als der arme Teufel, der in irgend einem abgelegenen Weltwinkel mühselig Erde schaufelt; er arbeitet doch wenigstens mit seinen Armen!“

Es kam ihm ein Stel vor sich selbst, die Scham

stieg in ihm auf über das vornehme Müßiggängerleben, dem er sich bisher ergeben.

Um sich zu zerstreuen, versuchte er seine alte Lebensweise wieder aufzunehmen. Er ging in seinen Club. Die Bekannten, die er dort wie immer antraf, kamen ihm vor, als ob ihnen jedes innere Leben fehle, als wären sie nichts weiter, als gut erhaltene Mumien. Er blätterte in einigen Mode-Romanen: Die meisten schienen ihm einen Extract aus niederem Egoismus und Langerweile zu enthalten; es ärgert ihn, daß die Helden — welche traurige Helden! — in allen diesen Romanen immer und immer junge Männer aus der guten und besten Gesellschaft waren, über deren leeres Dasein und leere Köpfe man auf dreihundert Seiten unterhalten wurde. Er fühlte sich versucht, laut auszurufen:

„O, Ihr Blöden, Ihr feht da tausend schöne Dinge in Eurem Jnaern, seht Ihr denn nicht, daß Ihr Dummköpfe seid? Wenn Euch doch nur einmal der Gedanke käme, daß leben nichts anderes heißt als wollen, handeln, kämpfen!“

Er begegnete Alfred und hatte nicht einmal den Muth, sich wie sonst über ihn lustig zu machen. Als Alfred, der durch sein neuliches Abenteuer einmal etwas aufgerüttelt, aber bald darauf in seine alte Apathie zurückgesunken war, sich mit seinem ewigen Sähen darüber beklagte, daß er nicht wüßte, was er anfangen sollte, glaubte Andree das zukünftige Bild seines eigenen Menschen vor sich zu sehen, und er stoh schleunigst dieses Gespenst, das ihm so sehr glich. Er fand nicht nur mit einem Male seinen Ge-

Thatsache scheint man in maßgebenden Kreisen immer mehr zu vergessen."

Dann folgt eine historische Erinnerung:

„Hat man bei Annahme des § 111a in der Commission ganz vergessen, daß es den katholischen Blättern im Kulturkampf noch möglich war, die eingetretene Bismarck als Märtyrer zu feiern, ihren Heldennuth zu preisen und als nachahmungswürdiges Beispiel hinzustellen? Die jüdische Justiz wird in dem neuen Paragraphen genug finden, um im neuen Kulturkampfe, den uns das brutale Majoritätsprinzip sicherlich nicht erspart, der katholischen Presse einen Scheitel anzulegen. Und dann kann der Feind auch noch höhnen sagen: „Ihr habt es ja selbst so beschlossen und nicht anders gewollt. Mit der jetzigen Haltung sagt das Centrum den Akt ab, auf dem es sitzt.“

Ueber das, was nach der Umsturzvorlage kommt, heißt es:

„Sind die Umsturzvorlage mit Hilfe des Centrums geborgen, dann werden noch ganz andere Forderungen in Steuer-, Militär- und Marinefragen nachkommen. Die Pläne für Vergrößerung der Marine werden allein eine Milliarde verschlingen. Kann das Centrum auch da mitgehen? Wir halten es für nicht möglich. Dann wird es aber in die Opposition gedrängt, in welcher es vielleicht zu allermeist die Folgen der Paragraphen der Umsturzvorlage zu tragen haben wird.“

Das Centrum wird immer mehr der letzten Entscheidung zugebrängt, und wenn es nicht begreift, um was es sich handelt, wird die Umsturzvorlage der Sturmbalken sein, der den festen Thurm zum Stürzen bringt.

— Die Arbeiten des Reichstags, schreibt die „Scipj. Volksztg.“, schreiten nur langsam vor, das Marschtempo der Krähwinkler Landwehr bestimmt jede Bewegung. Es ist, als ob sich die Mehrheit vor einer raschen Entscheidung, vor einer reinlichen Lösung der Streitfragen zaghaft und verlegen schützte. Und die Regierung selbst, die im Wirrwarr der Entschlüsse und Gegenentschlüsse, der Zusagen und Abfagen, der halben Verheißungen und halben Drohungen schwankt wie ein Rohr im Winde, erscheint ebenso unschlüssig wie es die ausschlaggebenden parlamentarischen Gruppen sind. Wenn man alle Widerstände des neuen Curies aufzählen wollte, man könnte bald ein stattliches Gefäß damit füllen. Auf der einen Seite wachsen in's Unermessene die Ansprüche des gehändigten Junkertums, das ohne viele und reiche Liebesgaben nicht zu halten ist, und dessen Haß er stetig wächst, je schwächer und nachgiebiger sich die Regierung erweist. Auf der anderen Seite hat die Regierung mit wirtschaftlichen Nothwendigkeiten, mit unumstößlichen Vertragsbindungen, mit befestigten Uebereinkünften zu thun, an denen nur ein Wortbrüchiger rütteln darf und sicher ungestraft nicht rütteln wird. Die Versuche, in der Handelsvertragspolitik hinterläßliche Breiche zu legen durch einen so offeneren Treubruch wie der Antrag Ranig ihn darbietet, müßten zu den peinlichsten wirtschaftlichen und politischen Verwicklungen und Zusammenstößen mit den anderen Vertragsmächten führen. Statt aber offen heraus, wie es Graf Caprivi gethan hat, die Annahme des Antrags Ranig als einen Beweis der mala fides, der bösen Absicht zurückzuweisen, spielt das Ministerium Lohensein ein gefährliches und würdeloses Verdeckspiel. Die wiedererhöhten Nachfahren der einst schon rebellischen Koderitz und Sperblitz

sollen nicht verlegt werden, und der preussische Landwirtschaftsminister v. Hammerstein-Boytzen, dem auch in der Agrarpolitik des Reiches ein bedeutendes Wort zusteht, windet und dreht sich in Halbheiten und Versprechungen, die niemand befriedigen. Nicht die Leute mit Nr. mit Halm und stets hohler Hand, noch viel weniger die große Masse der Steuerzahler, der Verbraucher, des werththätigen Volkes, dessen Lage denn doch so betrübend ist, daß niemand mit dem Schicksal dieser Millionen Schindluderer sollte treiben dürfen. Ja, Herr v. Hammerstein-Boytzen, dessen Collegen und allen voran der Ministerpräsident Fürst Lohensein mit auffälliger Einmüthigkeit die Stetigkeit der Politik der Regierung betont haben, bewies sinnfällig, daß der Fickjacksack, der in Kometenbahnen geht, denn doch vorhanden ist. Hat nicht vor gerade Jahresfrist erst bei dem berufenen Diner vom 5. Februar 1894 und öfters noch der Kaiser erklärt, daß er die Handelsvertragspolitik persönlich billige, vertrete und fördere, daß er sich mit dem Reichskanzler Caprivi beim deutsch-russischen Handelsvertrage identificeire? Ein Jahr später erklärt der preussische Landwirtschaftsminister sich gegen die Handelsverträge, hält eine „Revision“ für nöthig und bricht den Stab über den vom Kaiser empfohlenen deutsch-russischen Handelsvertrag.

Das Werkzeihen der Regierungspolitik in die Ziellosigkeit. Die Umsturzvorlage ist noch immer in der Commission, und der künstliche Eifer ihrer Freunde erlahmt. Das Budget, das sonst schon im Februar im Plenum herabzuwerden wurde, hat noch einen Berg von Arbeit zu überwinden, obwohl es bis zum 1. April 1895 fertig sein muß. Kaum erst sind Tabaksteuer und Finanzreform an das Haus gekommen. Wird die Session sich bis in das Frühjahr hinein hinziehen, oder wird Herr Plösch, der unser öffentliches Leben bestimmt, mit nervöser Hand in den Fadenstrich hineingreifen, das Gewebe zerreißen und durch eine Auflösung neue Weber an den „Webstuhl der Zeit“ schicken? Während die Besorgten in tausend Sorgen sich verstreuen, während die traurigen Mütter von der Dekonomie nach Spiritus, Zucker, Getreide-Liebesgaben haften hält die Socialdemokratie gute Wacht und rüht sich zum Kampfe. Können die Gegner begreifen, was sie wollen, sie arbeiten nur für uns. Denn wir wissen was wir wollen. Und die Entwickelung der Dinge geht unserem Ziel entgegen.

— Vollständige Verfahrenheit herrscht bereits der Umsturzvorlage jetzt in der nationalliberalen Presse. Die organischen Blätter, wie z. B. die „Nat. Ztg.“, verlangen ein directes Ausnahmengesetz; sie wollen einfach den Beschluß fassen gegen die ihm vom Proletariate drohende Gefahr und nehmen keinen Rücksicht daran, daß zweierlei Recht in Deutschland gelte, daß der Staat sich nicht als das Werkzeihen der Parteien offenbare. Die dem Liberalismus abtrünnig und reactionär gewordenen Doctrinäre, die in ihrem Renegateneifer blind für die Gefahren der Wirklichkeit geworden sind, wollen die Umsturzvorlage unbedenken annehmen und beschuldigen, wie die „Nat. Ztg.“, ihre vornehmlichen Parteigenossen der Unterthänigkeit der Socialdemokratie. Zahlreiche nationalliberale Provinzialblätter dagegen — u. a. „Münch.

N. Nachr.“, „Rhein. Cur.“, „Dortm. Ztg.“, „Stref. Ztg.“ — und „Berl. Börs.-Ztg.“ sind rund gegen die Vorlage; die Wirkungen eines Ausnahmengesetzes kennen sie aus der 12jährigen Erfahrung mit dem Socialistengesetz und eine Verschärfung des gemeinsamen Rechts betrachten sie unter unserer ultraconservativ-agrarischen Regierung als gefährlich genug für den Liberalismus und für die bourgeoisistischen Bildungserzeugnisse. Aber wer wundert sich über die zerfloßene Haltung einer Partei, deren einziger Grundsatz von jeher die Grundlosigkeit war? Das Rufen der Nationalliberalen nach einer starken Regierung hat nicht seinen letzten Grund darin, daß diese Leute selbst von der politischen Verantwortlichkeit entlastet, über ihre eigenen Widersprüche hinausgehoben zu werden wünschen durch eine energische Persönlichkeit, von der sie sich gerne wie Marionetten am Draht ziehen ließen, und die — vor allem kein Nationalliberaler sein darf.

— Duellfrage und Umsturzvorlage. In der Reichstagscommission für die „Umsturzvorlage“ ist seitens des Centrums (Abg. Noddy) zu dem Abschnitt des Strafgesetzbuches, der von dem Zweikampf handelt, eine Reihe von Anträgen gestellt worden. Danach soll zunächst statt Festungshaft durchweg Gefängnisstrafe gesetzt werden. Ferner sollen mehrere Paragraphen, welche für gewisse Fälle Strafmilderung oder Straffreiheit festsetzen, aufgehoben werden. Dagegen soll im Abschnitt über die Körperverletzung, § 222a. folgenden Zusatz erhalten: „Zugleich ist im Falle der erstmaligen Verurtheilung wegen Körperverletzung, wenn dieselbe in einem Zweikampfe begangen ist, auf fünfjährige Unfähigkeit, ein Staatsamt zu bekleiden, und bei der wiederholten Verurtheilung wegen Körperverletzung im Zweikampfe auf dauernde Unfähigkeit, ein Staatsamt zu bekleiden, zu erkennen.“ § 228 hat folgenden Zusatz erhalten: „Findet aber die Verurtheilung wegen einer im Zweikampfe begangenen Körperverletzung statt, so ist die Annahme von mildernden Umständen ausgeschlossen.“ § 231 folgenden Zusatz: „Ist jedoch die Körperverletzung im Zweikampfe erfolgt, so darf auf Geldbuße nicht erkannt werden“ und § 232 (nach welchem die Strafverfolgung wegen letzter bezw. jährlicher Körperverletzungen nur auf Antrag des Verletzten erfolgt): „Eines Antrages bedarf es nicht, wenn die Körperverletzung im Zweikampfe erfolgt ist. War jedoch der Antrag in diesem Falle gestellt, so ist die Zurücknahme desselben unzulässig.“ § 233 (Mildere Strafen oder Strafausschluß bei wichtigen Körperverletzungen oder wegen Compensation) soll folgenden Zusatz erhalten: „Vorstehende Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Körperverletzungen im Zweikampfe erfolgt sind.“ — Im § 112 des Militärstrafgesetzbuches wird schließlich beantragt, wenn auf Dienstentlassung erkannt wird, auch auf Unfähigkeit zur Bekleidung eines Staatsamts zu erkennen. —

„Diese Anträge“, meint die „Berliner Volksztg.“, werden auf die Fanatiker der Umsturzvorlage, die Herren Conservativen und Nationalliberalen, wie ein kaltes Sturzbad wirken, und das ist gut so; denn die Siedehitze der Begeisterung für die Vorlage, in die man sich auf jener Seite hineingeworfen hat, ist schon längst eine berbe Abkühlung werth gewesen. Da die

schmach an den gewöhnlichen Beschäftigungen, mit denen er die Zeit todtschlagen pflegte; es trieb ihn heute auch merkwürdiger Weise zum ersten Mal tausend andere Dinge auf, die sein Unbehagen noch vergrößerten. Seine Augen schienen von einem Zaubersaule berührt zu sein und entdeckten nun zum ersten Male den großen Gegensatz zwischen Reichthum und Elend. Eines Abends, als er vor dem Cafe Anglais an einem Tischchen saß und bei einer lustigen Gapanza seinen Träumen nachhing, erblickte er ein armseliges, kümmerliches Geschöpf von etwa fünfzehn Jahren mit bleichem, kranklichem Gesicht, — einen richtigen „Straßen-Araber“ — der sich verständig bückte, um die hier und da auf dem Trottoir liegenden Cigarettenstummel aufzusammeln. Das Mitleid mit diesem elenden Weiser schnürte ihm das Herz zusammen. Er rief den Bedienten an sich heran und brachte ihm ein Haarschnittsrad in die Hand. Und während dieser ganz erschöpfen über das unerwartete Ansehen einige verwirrte Worte sammelte, liegen die alten Gedanken von Neuen in Andre's auf.

Was ist das doch für ein soziales Gesetz, das den einen schönen, elegante Kleider und weiße Seife zurtheilt, während es für die Andern nichts hat als elende Lumpen, Hunger und erbärmliche Löhne, in denen sie haften müssen? Warum geniesse ich alle Vorteile des Reichthums, während jener dort der Entbehrung? Ist er nicht ebenso gut ein Mensch und ein Franzose wie ich? Welche Gefühle können er und je nach Umständen für eine Gesellschaft hegen, die sie so tief mitleidig behandelt?

Andre's beschloß endlich, eine Antwort auf diese Fragen in den liberalistischen Schriften zu suchen. Mit einem großen Buche zu tunge, denn Ziel bei seinen Angehörigen von Schauder und Entsetzen erregen konnten, und mit einem Stoß Brodcrumen in flammend rothen Umwicklungen bewacht, kam er nach Hause. Er las alles mit großer Aufmerksamkeit, deren er fähig war. Aber der lebende Faden zerbrach ihm in diesem Labirynth von einander widersprechenden Systemen. Er fühlte sich abgestoßen durch die schwer verständlichen Formeln, durch die dünnen Theorien, durch eine Reihe von bizarren Ausdrücken, deren er hier zum ersten Male begegnete. Hier und da verlegten Stellen, die ihm zu heftig ja roh vorkamen, sein anergisches Fringement. Denn wieder nahm er Anstoß an den verschiedenen Seiten, die sich innerhalb der Partei gebildet und die sich gegenseitig mit großer Heftigkeit bekämpften. Schließlich ganz ermüdet und verwirrt, hatte er nun dieser Entdeckungstränge in einem wahren Urmahl der vergeblichen Sehnen nach Aufklärung, in dem er sich schon verirrt hatte, innegehalten.

Da kam ihm der Gedanke, zum Vater Deschamps zu gehen und ihn zu fragen, wie er sich in diesem Chaos zurechtfinden könne. Magte er sich nicht hiergegen auch nach der kleinen Welt umhören? Wer weiß, ob es nicht auch einer der geheimen Wünsche, welches das Herz dem Verbannten verbergen will, war, der ihn trieb, das fremdartige, junge Mädchen wiederzusehen, dessen erhabenes Bild in höchsten Momente vor seinem inneren Auge aufstieg! Ganz ist er, daß er eines

Nachmittags gegen 5 Uhr an der Thür des alten Socialisten stand.

Das erste Weib, das er bei seinem Eintritt bemerkte, war das kleine Mädchen in schwarzer Kleidung. Niemand hatte bisher nach ihr gefragt, so war die arme Kleine da geblieben, wohin sie der Zufall geworfen. Seit drei Wochen hier, hatte sie sich schon mit der bewunderungswürdigen Geduld, wie sie nur Kindern eigen, an die Familie gewöhnt; sie fühlte sich hier schon ganz heimlich. Auch neue Eltern hatte sie bekommen. Sie nannte Johanna „Mutterchen“ und Vater Deschamps „Großvater“. Es stellte sich bald heraus, daß sie klug, liebenswürdig, sanft und nachdem sie — da sich in diesem Alter Kummer und Schmerz noch in Thränen Luft machen, gleich wie eine Wolke sich in Regen auflöst — etwa drei Tage lang heftig geweint hatte, war sie der Frohnart, das Lächeln selbst, die Blume dieses kleinen Heims geworden, in dem sie sich von einer wohligen Atmosphäre von Liebe und Zärtlichkeit eingehüllt und umschmeichelt fühlte.

Magdalena erkannte den schönen Herrn sofort wieder, der sie damals bei ihrem großen Kummer so liebevoll an sich gezogen hatte, und sie begrüßte ihn wie einen alten Bekannten. Auch Vater Deschamps drückte Andre's herzlich die Hand. Nur Johanna, die bei der Lampe mit ihrer Malerei beschäftigt saß, bewachte ihr kühl reservierte Haltung.

(Fortsetzung folgt.)

Kämpfer für Religion, Sitte und Ordnung das aller Religion, Sitte und Ordnung ins Gesicht schlagende Duell für ihre privilegierte Stellung nicht entbehren zu können glauben, so „droht“ allerdings die ganze Umsturzworlage in Wasser zu fallen, wenn die Centrumsanträge, betreffend das Duell, zur Annahme gelangen. Und das wäre das Beste an der Sache, so sehr wir auch wünschen, daß mit der unsittlichen Lebhaftigkeit für den Todschlag mit Säbel und Pistole endlich gründlich ausgeräumt würde. Beinahe scheint es, als gefalle sich das Centrum in der Rolle eines Schelms, der sich erst kameradschaftlich mit den guten Freunden von der rechten zu Tische setzt, um ihnen plötzlich in die Suppe zu blasen. Der vorhergegangenen Practiken hätte es freilich nicht bedurft, um die Duell-Anträge einzubringen. Denn das Mißtrauen gegen das Centrum in Folge seiner bisherigen Haltung zur Umsturzworlage ist nun einmal selbst in Centrumskreisen so groß geworden, daß man sogar daran zweifeln muß, daß das Centrum in Bezug auf seine Duellanträge sich selbst getreu bleiben werde. Daß diese Anträge im Reichstage, wenn das Centrum selbst sich nicht spaltet, mit Hilfe der Linken eine große Mehrheit finden würden, ist selbstverständlich. Wenn man Zeitungsredactoren, die nichts thun, als ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben — was jedem ehrlichen Manne stets wohl ansteht —, und sie dabei in der That zu fehlen, ins Gefängnis steckt, worum soll der Duellant es besser haben? Und daß ein Beamter, der sich entgegen seinem Eide, die Gesetze treu zu beobachten, über das Strafgesetzbuch hinwegsetzt, für unfähig erklärt werden soll, ein Staatsamt zu bekleiden, ist eine so vernünftige Forderung, daß sich darüber ernstlich gar nicht streiten läßt. Auch die übrigen vom Centrum vorgeschlagenen Bestimmungen erscheinen uns zweckmäßig.

Für das Duell legt auch die nationalliberale „Straßb. Post“ eine Lanze ein und leistet sich dabei folgenden Satz: „Männer, die das Duell für den reinen Unförm halten, schlagen sich doch, weil die Nachteile eines verweigerten Duells nach den verschiedensten Richtungen hin zu bedeutend sind, als daß sie sich denselben aussetzen möchten.“ — Also aus Feigheit schlagen sich die „muthigen“ Ordnungslügen, auch wenn sie das Duell für Blödsinn halten. Nun, das spricht mehr als alles andere dafür, ihnen die Folgen eines ausgefochtenen Duells drückender zu machen, als die Folgen eines abgelehnten.

Immer kostspieliger wird uns der Militarismus. Die fortwährende und massenhafte Verabschiedung höherer Offiziere bewirkt ein stetiges Anschwellen des Pensionats. Seit der letzten am 24. Mai 1894 abschließenden Rangliste sind nach der Zusammenstellung der „Post. Ztg.“ in der Generalität 4 Generale der Infanterie, 10 Generalleutenants und 12 Generalmajors; bei der Infanterie 38 Obersten, 19 Oberstleutenants, 56 Majors; bei der Cavallerie 6 Obersten, 7 Oberstleutenants, 15 Majors; bei der Feldartillerie 4 Obersten, 5 Oberstleutenants und 15 Majors; bei der Fußartillerie 2 Obersten, 1 Oberstleutenant, 13 Majors; beim Ingenieurcorps 5 Obersten, 2 Oberstleutenants und 11 Majors; endlich beim Train 5 Majors in Folge Abganges ersetzt worden. Alles Männer im kräftigsten Alter. — Bis zum Erscheinen der nächsten Rangliste im Mai aber steht, wie in militärischen Kreisen verlautet, noch ein größerer Schub als derjenige des Vorjahres bevor: ungefähr ein Drittel der vorhandenen Generale und eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Regimentscommandeuren soll noch beseitigt werden. — Dann können sich die Steuerzahler wieder auf neue Stimmchen gefaßt machen. Sie selbst aber bekommen, soweit sie der Arbeiterklasse angehören, ihre Pension von 33 1/2 Pfennigen täglich erst dann, wenn sie sich bis zum 70. Lebensjahr durchgerackert und gehungert haben.

Der Antrag Graf Kanitz, mit dem Wochen hindurch so viel gepöhlert worden ist, wird nunmehr doch im Reichstage zunächst nicht eingebracht werden. Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ melden, daß von der Einbringung mit Rücksicht „auf die bevorstehenden Verhandlungen des Staatsraths“ zunächst Abstand genommen worden sei. Thatsächlich fürchten die Antragsteller, das die Mehrheit des Reichstags den Antrag alsbald auf die Tagesordnung bringt und mit Dreiertheil-Mehrheit ablehnt. Damit würde zugleich dem Staatsrath die Arbeit erspart sein. Es ist auch nicht wahr, daß Verhandlungen des Staatsraths „bevorstehen“. Die Regierung hat mit der Berufung des Staatsraths gar keine Eile. Der Hinweis auf den Staatsrath ist deshalb nur ein Vorwand, um eine öffentliche parlamentarische Kritik des Antrages zu vermeiden.

Ein neues Steuerproject und ein neues Geschenk für die Agrarier. Im Abgeordneten-

hause hat neulich der Abgeordnete Camp eine Besteuerung des Saccharins angeregt. Dem Vernehmen nach soll der Finanzminister Miquel geneigt sein, auf diesen Wunsch einzugehen und die Besteuerung des Saccharins vorzuschlagen. Der Ertrag der Steuer ist von einer Provinzial-Steuerdirection auf 380,000 Ml. berechnet worden. Bei dieser verhältnißmäßig geringen Summe, die für die Staatsfinanzen nicht ins Gewicht fällt, soll sich Herr Miquel zuerst nicht für diese neue Steuer interessieren; da aber neuerdings wieder die Begünstigung der Zuckerindustrie in den Vordergrund gestellt wird, so soll auch der preussische Finanzminister eine Saccharinsteuer befürworten.

Ueber die Kleinbahnen hat der Eisenbahnminister der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses eine Zusammenstellung zustellen lassen. Darnach sind auf Grund des neuen Gesetzes vom 28. Juli 1892 in der Zeit vom 1. October 1892 bis zum 30. September 1894 im Ganzen erst 35 Kleinbahnen genehmigt worden. Hiervon entfällt auf die Provinzen Ost- und Westpreußen nur eine einzige Bahn, auf den Reg.-Bez. Potsdam 5, auf den Reg.-Bez. Stettin einschließlich der mecklenburgisch-pommerschen Schmalbahnen 4, auf das übrige Pommern 3, auf den Reg.-Bez. Bromberg 4, auf Schlesien 3, auf Sachsen 2, Schleswig-Holstein 2, Hannover 2, Westfalen 3, Rheinprovinz 6. Unterstützung der Kleinbahnen durch die Provinzen und Kreise haben nur stattgefunden im Reg.-Bez. Potsdam, in Pommern, in Schlesien bei der Trautenberg-Bahn, in Lüneburg im Kreise Meßede und im Kreise Gastericht in der Rheinprovinz. Nicht weniger als 106 Kleinbahn-Projekte harren noch der Genehmigung der Regierungsbehörden.

Ein Massenboykott ist der Gastwirthsinnung in Augsburg von der dortigen Militärbehörde angedroht worden. Es soll über sämtliche Gastwirthschaften, in denen die socialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften „Münchener Post“, „Augsburger Volkszeitung“, „Der wahre Jacob“ und andere ähnliche aufliegen, das Militärverbot verhängt werden. Der Boykott ist natürlich nicht strafbar und würde auch nach der Umsturzworlage nicht verfolgt werden.

Ein italienischer Abgeordneter, der Socialist Agnini, liefert in einem Briefe an seine Wähler im Wahlkreise Carpi eine scharfe Charakteristik Crispis und seiner Politik. Wir entnehmen dem interessanten Schriftstück u. A. Folgendes:

„Francesco Crispi, der bei den Bankscandalen und bei dem Mißcredit, in welchen unser Land gerathen ist, eine so große persönliche und politische Verantwortlichkeit hat, sah, zur Regierung berufen, ein, daß das beste Mittel, sich die Unterstützung der capitalistischen Bourgeoisie zu erhalten und sich ihr Wohlwollen zu verdienen, darin bestand, den Fortschritten des Socialismus Halt zu gebieten; denn der Socialismus ist der Alp der herrschenden Klassen, die fortwährend fürchten, durch ihn ihre Vorrechte zu verlieren. Und da Ungehörigkeit und Unmäßigkeit charakteristische Eigenschaften dieses Mannes sind, stürzte er sich kopfüber in die Reaction und machte vor seiner Ungerechtheit Halt. Er übertrieb die Gefahren oder erfand sie, sei es, um seine ungeheuerlichen Maßregeln zu entschuldigen, sei es, um größere Ansprüche auf die Dankbarkeit der Bourgeoisie zu gewinnen, sei es endlich, um die Bedeutung der Ereignisse zu vergrößern und sich dann als Vaterlandsretter aufzuspielen. Um mit Sicilien zu beginnen — der Belagerungszustand, der ohne die Zustimmung des Parlaments angewandt wurde, Bürger, die ihren natürlichen Nichtern entzogen und zu Tausenden zu ungläubigen Strafen verurtheilt wurden, die blutigen Repressivmaßregeln, das Alles sind Ausschreitungen einer Reaction, die in der Revolte einiger hunderte von ausgehungerten, schwer bedrückten Bauern durchaus nicht ihre Entschuldigung finden können. Und dann — als sogar der Schein eines Vorwandes fehlte, die Ausnahmegeetze, die von der Kammer gegen die Anarchisten votirt und verrätherischerweise gegen die Socialisten angewandt wurden — die Auflösung aller unserer Vereine, die zahllosen Anklagen, die gegen uns erhoben wurden, die Urtheile, die gegen uns gesprochen wurden, die Verdichte der Commissionen für die „Jangsdomicile“. Und schließlich die Einschränkung bei den Wahlen, eronnen, um die enterbten Klassen ihrer gesetzlichen Kampfeswaffe zu berauben. es ist also nur Crispis Feldzug gegen die Socialisten und die Furcht, daß nach seinem Sturze unsere Partei sich kraftlos ergeben könnte, was diesen Mann noch am Auber erhält. Aber die Herren von der Bourgeoisie, die Crispi so bedingungslos ergeben sind, sollten sich erinnern: 1. Daß der Socialismus, der eine Phase der wirtschaftlichen Evolution der Gesellschaft ist, nicht

eingedämmt, und daß ein Fortschreiten von jener blindwüthigen Reaction nicht aufgehalten werden kann. 2. Daß es nicht ohne traurige Folgen für die Erziehung des Volkes sein kann, wenn man ihm zeigt, daß man die Unmoralität unterstützt. 3. Daß die für so bedeutend gehaltenen Dienstleistungen Crispis mit den fortwährenden Verfassungs- und Freiheitsverletzungen theuer genug bezahlt sind. Es freut mich, feststellen zu können, daß trotz der bedauerlichen Gleichgültigkeit, die die Italiener im Allgemeinen politischen Ereignissen gegenüber an den Tag legen, sich bereits ein gewisses Erwachen des Gewissens gegen die überhand nehmende Unmoralität und gegen die freiheitsmörderischen Tendenzen der gegenwärtigen Regierung gezeigt hat.“

Agninis Schreiben erregt überall das größte Aufsehen und findet in allen, dem Ministerpräsidenten nicht blind ergebenden, italienischen Kreisen ungetheilten Beifall.

In der französischen Deputirtenkammer heizten die Socialisten wie die Radikalen den Panamiten ganz gehörig ein. Zuerst verlangten sie die Ernennung eines Ausschusses, der untersuchen soll, ob Herr Raynal wegen Unterzeichnung der 1883er Eisenbahnverträge in den Anklagestand versetzt werden soll oder nicht. Ihr Antrag wurde angenommen. Dann forderten sie, daß dieser Ausschuss aus 33 Mitgliedern bestehe und die ganze Geschichte der Eisenbahnverträge prüfe, damit diese für unzulässig erklärt werden können, wenn sich herausstelle, daß sie durch Bestechung zu Stande gekommen seien. Auch diese Forderung wurde bewilligt. Sie werden sich damit nicht begnügen. Sie werden nunmehr darauf bestehen, daß der 33er Ausschuss weitgehende Befugnisse erhalte, da er sonst seine Aufgabe nicht lösen könne, und dies wird ihnen ebenso zugestanden werden, wie alles Frühere. Denn es giebt Worte, vor denen die Kammer eine unüberwindliche Angst hat. Wenn man mit besonderer Betonung „Trinkfelder! Panama! Papierchen!“ ausspricht, beginnt sie zu zittern und verliert Urtheil und Widerstandskraft, denn das böse Gewissen erwacht. Die Mehrheit fürchtet nicht mit Unrecht, daß das ganze Volk sie für eine Diebesbande ansieht, wenn sie sich der gründlichen Untersuchung widersetzt. Es ist so viel der Corruption aufgedeckt worden, daß man im Volke Alles für möglich hält. Die in geringerem Maße Compromittirten suchen sich dadurch zu retten, daß sie ihre mehr belasteten Collegen im Stiche lassen. So dient die Angst der Einen dem gerechten Gericht über die Anderen. — Mittlerweile haben sich die Panamisten und ihre Helfershelfer von ihrem Schrecken erholt und suchen nun um jeden Preis die schmachvollen Entjüllungen zu hintertreiben, die ihnen drohen, wenn sie den Untersuchungs-Ausschuss mit unparteiischen und unbefangenen Leuten besetzen lassen. Sie haben daher beschlossen, keinen Socialisten und Radikalen in den Ausschuss zu wählen und in der That der Anschlag ist gelungen, nur ein einziger Abgeordneter dieser Parteien, der Socialist Argeliès, wurde in den Ausschuss gewählt, lehnte aber unter den obwaltenden Umständen die Wahl ab, da er keine Lust habe, sich an dieser Post zu betheiligen. Nun, helfen wird dieser Kniff den Panamisten garnicht, im Gegentheil, er wird ihnen erst recht großen Schaden bringen und die Socialisten wie die Radikalen werden den so glücklich begonnenen Feldzug gegen die Panama-Corruption mit gleichem Eifer und nicht geringerem Erfolg in der Presse und in Versammlungen fortsetzen, wie „Petite Republique“ heute schon ankündigt.

Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit den Ursachen, die Cassimir Perier bewogen haben, seine Demission zu nehmen. Besonderes Aufsehen erregte die Mittheilung zweier Fälle, die nachweisen sollen, daß Perier vom Ministerium Dupuy niemals um Rath gefragt wurde. So erzählt man, daß der Minister des Aeußeren eine Art Ultimatum des deutschen Kaisers, das dieser anlässlich des Processes Dreyfus gestellt habe, (?) dem Präsidenten gar nicht mitgetheilt hatte, so daß der deutsche Botschafter, Graf Münster, als er die Antwort darauf aus dem Elysee holen wollte, den Präsidenten erst von der Absicht des deutschen Kaisers habe unterrichten müssen. In ähnlicher Weise soll der Kriegsminister Mercier 62 000 Mann Truppen mit Urlaub entlassen haben, ohne hiervon den Präsidenten zu benachrichtigen.

In Neufundland macht sich in Folge der schweren wirtschaftlichen Krisis eine nachhaltige Bewegung für die Loslösung von der englischen Herrschaft und für den Anschluß an die Vereinigten Staaten geltend. In St. Johns gab es gewaltig, und es wurden in der ganzen Stadt Bauernanschläge angezettelt, welche den Anschluß fordern. Die Kammer

wissen nicht, was sie gegen diese Bewegung machen sollen. Die canadische Regierung hat sich geweigert, die Abgesandten Neufundlands zu empfangen. Die Abgesandten wollten einen Anschlag an Canada betreiben. — Der Premierminister Green hat gestern seine Entlassung genommen. Der Gouverneur hat Sir William Whiteway beauftragt, ein Ministerium zu bilden. Sir William hat sich der Aufgabe unterzogen. Jeder glaubt, daß er bald Premierminister ohne Portfeuille werden wird. Sir William Whiteway ist gestern als Mitglied des gesetzgebenden Rathes beedigt worden. Die Anhänger Whiteways werden dem Plane des Anschlusses an Canada wahrscheinlich heftigen Widerstand entgegenzusetzen. Sie sind dafür, daß eine königliche Commission „Ordnung schafft“. Die finanzielle Lage Neufundlands wird immer kritischer. Die Bankrotte unter den Rhedern und anderen Geschäftsleuten mehren sich.

— Ein engerer Bund der australischen Colonien scheint nun wirklich zu Stande zu kommen. Die in Hobart (Tasmanien) tagende Konferenz der Premierminister australischer Colonien hat eine Anzahl Resolutionen gefaßt: die Konferenz betrachtet die Föderation aller australischen Colonien als die große und bringende Tagesfrage australischer Politik. Eine Conventio aus zehn Repräsentanten jeder einzelnen Colonien soll direct von den Wählern ernannt und mit der Entwurf einer Bundesverfassung beauftragt werden. Diese Verfassung soll darauf den Wählern der einzelnen Colonien zur Annahme oder Ablehnung in directer Abstimmung vorgelegt werden. Wenn diese Verfassung von drei oder mehreren Colonien angenommen worden ist, soll die Königin erlucht werden, sie zu bestätigen und endlich soll in den Parlamenten der einzelnen Colonien eine Vorlage eingebracht werden, welche obigen Resolutionen entspricht. Damit ist dieses Project wohl wieder um einen Schritt vorwärts gerückt, zum Mindesten ist die öffentliche Aufmerksamkeit von Neuem auf dasselbe gelenkt worden.

Daß auf die Föderation der Colonien bald die Lösung von der (aktuell) jetzt schon fast nur nominalen) Abhängigkeit vom Mutterlande folgen würde, kann kaum bezweifelt werden. Uebrigens würde England dagegen wohl schwerlich etwas einwenden, da man dort über die kurzfristige Politik, welche im vorigen Jahrhundert zu dem österreichischen Kriege gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika führte, längt hinaus ist.

Parteiangelegenheiten.

Verbote wurde eine öffentliche Versammlung in Frankenhäuser am Rindstauer, in welcher die drei socialdemokratischen Stützordnungen über ihre Thätigkeit im Stadtrat Bericht erstatten wollten. Der Bürgermeister hat sich bei seiner Staatsanwaltschaft auf 55 des Vereinsgesetzes beschwerte zu erlegen.

Ein soc aldemokratischer Bürgermeister war vor Jahresfrist in dem heillosen Taus Ueberläufer bei Oberhoch gewählt worden. In der letzten geheimen Kreisaußschußung wurde der Wahl die Genehmigung verweigert, weil der Gewählte Socialdemokrat sei. In dieser Entscheidung bei der Kreisaußschußung ein ganzes Jahr gebraucht! Die heillosen Parteiführer werden sich nicht nehmen lassen, die Angelegenheit in der Kammer gebührend zu beleuchten.

Der zweite Parteitag des ersten Reiningen Wahlkreises der am letzten Sonntag in Waldhof bei Reiningen stattfand, war aus allen Orten recht gut besucht. Der Versammlungsmann berichtete, daß im vergangenen Jahre 16 Versammlungen im Kreise abgehalten wurden. 200 Flugblätter in 10,000 Exemplaren fanden Verbreitung. Se dann referirte Genosse Hermann Sauer über die Wichtigkeit der Betheiligung der Parteigenossen an den Parteitag- und Gemeinderaths-Wahlen. — Angenommen wird eine Resolution, welche den Parteivorstand ersucht, die Kreis in Zukunft monatlich zu unterrichten. Als Termin wird wiederum Sitzungen und als Kreis-Vorstandsmann Christian Seibrecht gewählt.

Von den Freunden eines socialistischen Agitatoren in Oshmen. Genosse Samoil, Redacteur eines Subversiv-Straderrgangs „Woskoden“, wurde im Jahre 1892 nicht weniger als 20 Mal vor Gericht geladen als Schuldliger und 7 Mal als Zeuge. Er erhielt 51 mündliche Urtheile und wurde 21 zwei Monaten und 16 Tagen Haft und 110 Gulden Geldstrafe verurtheilt, die er mit 2 Tagen Haft ausglich. Gerichtliche Entscheidungen wegen Nichtzahlung der Geldstrafen hatte er 11 und Hausarresturtheile 5 zu überleben. In Unterhaft verbrachte er 6 Wochen. Die Jahresbilanz seiner Strafe beträgt somit 4 Monate 2 Wochen und 6 Tage, vertheilt mit 7 Hafttagen und hundert Tagen.

Arbeiterbewegung.

Als alle Gesarbeiter und Berufslosen der Provinzen Brandenburg, Pommern, Preußen, Polen und Schlesien! Die bekannt sein wird, hat im vorigen Jahre in Nürnberg der social-Verbandsrat der Arbeiter und Berufslosen Deutschlands tagung gehabt. Auf diesem Verbandstage wurde von verschiedenen Schwestern angeführt, daß zu wenig für Agitation geschehen sei. Der

Vorstand konnte sich dem gegenüber darauf berufen, daß ihm nicht genügend Mittel zur Verfügung standen, um dem Wunsche nachzukommen. Es wurde deshalb beschlossen, in den größeren Städten Agitationscommissionen zu gründen, um von dort aus die Provinzen besser zu bearbeiten. Zum April sind diese Commissionen in's Leben gerufen. Wir erwarten nunmehr, daß in den oben genannten Provinzen öffentliche Versammlungen einberufen werden, um der Agitationscommission Gelegenheit zu geben, thätig einzutreten, damit dem Verbandsrat tausende von Mitgliedern zugeführt werden. Denn nur eine stramme Organisation ist in der Lage, dem Capital etwas abzurufen. Vereinzelt sind wir nicht. — Es wird um Abdruck in allen arbeiterfreundlichen Blättern gebeten. Im Auftrage der Commission: W. Noack. Berlin. Lanfstr. 35, Hof. Keller. — Alle Anfragen sind an diese Adresse zu richten.

Die Differenzen der Arbeiter in der Delbischer Schuhwaarenfabrik sind zu Gunsten der Arbeiter beendet.

31 Arbeiter der Granitsteleferien von Wässel u. Gerold in Warrent haben wegen Lohnreducierung die Arbeit niedergelegt.

Der Streit der Weber in der Fabrik N. und M. Meyer zu Nachen ist, wie bereits gemeldet, beendet. Die Streitenden hatten folgende Forderungen gestellt: 1. Aufschlag des Lohnansatzes in den Wochenlohn. 2. Der Stopplohn, der für die Städte bewilligt wird, soll gleichfalls auf diesem Tarif bekannt gegeben werden. 3. Aenderung der elektrischen Beleuchtung, da diese für einzelne Waarengattungen nicht ausreichend ist. 4. Der für zwei Sorten vor drei Monaten herabgesetzte Lohn soll in der früheren Höhe wiederhergestellt werden. Forderung 1 und 2 wurden sofort bewilligt. Zu Forderung 3 wurde eine Aenderung zugesagt, wenn die Klage als berechtigt anerkannt werde und ander Zuchfabriken in Nachen-Nachfeld hierzu bereites aufzuweisen hätten. Dagegen wurde Forderung 4 abgelehnt. Der höhere Lohn kamme noch aus den Jahren 1890-91, sei aber durch den hohen Preisrückgang, der die betreffenden Tucharten erfahren haben, nicht mehr zu halten. Es wurde dem Ansuchen der Weber erklärt, daß wenn sie den Beweis brächten, daß andere Firmen in Nachen-Nachfeld bei gleicher Waare einen höheren Lohn zahlten, so würden die Arbeiter entnommen werden. Die Weber haben dem jedoch in der Lohnfrage ihre Forderung fallen gelassen, wogegen die Firma zugestand, daß sie für die Folge auf Verlangen für Arbeiter leistet, deren Bezahlung höher sein kann.

Die diesjährige Generalversammlung der Deutschen Schiffszimmerer-Vereine findet am 17. Februar d. J. Nachmittags, bei No. 6 in Hamburg, bei den Mühlen No. 12, vom. Die Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Resolutionen. 3. Erledigung der Annahme. 4. Annahme des Protokolls und Beschlusses.

Maurer-Congress. Der General-Deputationsrat der Maurer Deutschlands, Johann Zander, beruft zum 10. 17. und 18. April d. J. einen Congress der Maurer Deutschlands nach Halberstadt. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Bericht des General-Deputationsrats. 2. Agitation. 3. Streit. 4. Unfall-Versicherungsgesetz und Unfallversicherung. 5. Gelegentliche Zurückzahlung des Arbeitslohnes für Handwerker. 6. Wahl eines General-Deputationsrats der Maurer Deutschlands, etc. etc. Der Congress wird am 10. April in Berlin abgehalten werden. Die Beschlüsse des Congresses werden in der Zeitung des Deutschen Bauers veröffentlicht werden. Die Maurer Deutschlands sind eingeladen, an demselben Theilzunehmen. Der Congress wird in der Stadt des Deutschen Bauers abgehalten werden. Die Maurer Deutschlands sind eingeladen, an demselben Theilzunehmen.

10.000 Bes u Briefen hat in Rouanne (Frankreich), die Firma, welche die tranzösischen Gewerke für den Streit gegenüber anderen Firmen sind. Diese Briefe sind an die Gewerke der Firma, welche die tranzösischen Gewerke für den Streit gegenüber anderen Firmen sind. Diese Briefe sind an die Gewerke der Firma, welche die tranzösischen Gewerke für den Streit gegenüber anderen Firmen sind.

Der Streit der Glasarbeiter in Siv-de-Gier (Frankreich) ist nach Bekanntwerden der Dauer nunmehr beendet. Die Arbeiter haben sich mit dem Arbeitgeber geeinigt. Die Arbeiter haben sich mit dem Arbeitgeber geeinigt. Die Arbeiter haben sich mit dem Arbeitgeber geeinigt.

Sociale Uebersicht.

Einfahrungen von Bergarbeitern gehen wieder in einer großen Reihe von Fällen verloren. Die Bergarbeiter haben in den letzten Jahren viele Verluste erlitten. Die Bergarbeiter haben in den letzten Jahren viele Verluste erlitten. Die Bergarbeiter haben in den letzten Jahren viele Verluste erlitten.

Aus den Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1892 bringt die holländische Correspondenz folgende interessante Mittheilung, welche in ihrer getrockneten Form nicht dem Interesse der Leser entgehen kann, als unsere eigenen Nachrichten. Aber selbst die interessantesten Mittheilungen können nicht umhin, die Aufmerksamkeit der Leser zu erregen, sobald sie bei der Ausübung ihrer Pflichten in den Fabriken an eine Stelle: Der Bericht eines Bergwerks in Bezug auf die dortigen Verhältnisse ist in der Höhe der Bergwerke, und zwar mit Bezug auf die Anzahl der Arbeiter, die dort beschäftigt sind, und die Höhe der Produktion. Die Höhe der Produktion ist in der Höhe der Bergwerke, und zwar mit Bezug auf die Anzahl der Arbeiter, die dort beschäftigt sind, und die Höhe der Produktion.

letztere in Aussicht. Nicht selten fanden sich immer unmittelbar auf den Ringöfen Schlafstätten, welche aus einfachen Strohlagern bestehen und zuweilen in geringer Entfernung von den Heißöfen liegen. Die Befestigung dieser Schlafstätten ist sehr ungesund und feuergefährlich. Die Befestigung dieser Schlafstätten ist sehr ungesund und feuergefährlich. Die Befestigung dieser Schlafstätten ist sehr ungesund und feuergefährlich.

Wie der Arbeiter um seinen Lohn betrogen wird, das enthält ein Brocch, der kürzlich vor den Schwere in Brunn (Mähren) verhandelt wurde. Ein der größten Fabrikanten Brunn, Herr Simon Strafosch, Präsident des Gewerbegerichts, Präsident der Unterstützungskasse für Arbeiter der Wollgewerbe, Handels- und Gewerksammler-Rath, Präsident des Vereins der Großindustriellen, Mitglied der Freimaurerloge „Humanitas“ etc. wurde von dem christlich-socialen Blatte „Östera Prace“ des Betrug seines Arbeitern beschuldigt. Herr Strafosch erhob Klage gegen den Redacteur des Blattes und die Mitglieder der Berichte. Die Angeklagten brachten aber erdrückendes Beweismaterial bei, daß sie freigesprochen wurde. Es wurde festgestellt, daß die selbstthätig die Länge der Webstücker angezeigten Vorrichtungen gefälscht waren, daß die Stücken in Wirklichkeit viel länger waren, als sie berechnet wurden. Dasselbe ist geschehen bei den Spinnmaschinen, auf denen das für die Hausweber des Herrn Strafosch bestimmte Garn hergestellt wurde. Es wurde festgestellt, daß auf diese Weise allein die Hausweber jährlich durchschnittlich 34,000 Meter Stoff unentgeltlich weben müßten, was einen Lohnausfall von 10,800 Gulden entspricht.

Das gewerbliche Schiedsgericht in Gens hat im Jahre 1894 1110 Streitfälle behandelt; die Gruppe städtischer und ländlicher Diensthoren hat 237 Fälle erledigt gegen 27 im Jahre 1893.

Die Unentgeltlichkeit der Beerdigung, aber ohne Lieferung des Sarges, besteht im Canton Neuenburg. Die Stadt Yvly hat nun beschlossen, auch den Sarg unentgeltlich zu liefern. — Im Canton Zürich wurden an die Gemeinderath im Jahre 1893: 85,481 Fres. (1892: 80,536, 1891: 88,016 Fres.) Staatsbeiträge für die unentgeltliche Beerdigung und 6905 Fres. zur Anschaffung von Leichenwagen geleistet.

Vermischtes.

Die Gattenmordaffäre, welche sich in der Nacht zum Sonntag in Amalienhof bei Spandau zugetragen hat, erscheint nach dem Resultat der gerichtlichen Untersuchung noch in einem grauenhaften Licht, als ursprünglich bekannt geworden war. Der Mörder ist nach dem Bericht eines Schenkens ihm beigebracht, den er während vorher zertrümmert hatte; der Mörder hatte seine Frau seit den ganzen Tag hindurch fürchterlich mißhandelt, so daß die Verwundungen mehrmals flüchtlich in die Nacht schleifte er sie an den Haaren, und ließ sie in den Arm und drohte, sie mit einem Stein zu erschlagen. Die Gattin, die zugegen waren, todt zu stehen. Die Gattin setzte die Gequälte sich zur Wehr und sagte dem Mörder die tödtlichen Wunden zu. Sie hat dem Untersuchungsrichter gegenüber die That ohne Rückhalt eingestanden und erklärt, sie habe in ihrer Verzweiflung nicht mehr gewußt, was sie anfangen sollte. Die fünfjährige Dauer ihrer Ehe ist eine Zeit unglücklicher Tugenden gewesen. Diese Tragödie erinnert an einen ähnlichen Fall, der sich vor Jahresfrist in Spandau selbst ereignet hat. Damals erschlug die Mordbatterei Bodin ihren Mann, der sie gleichfalls im Tode mißhandelt hatte. Das Schwurgericht hat die wegen Verdrüßlich Angeklagte freigesprochen. In dem letzteren Falle liegen noch weit mehr Milderungsgründe vor, als im vorliegenden.

Ein deutsches Mädchen küßt Dich nicht! In Spandau hat man sich, dem schämigen Zug der folgenden, kürzlich einer greulichsten Verurteilung eines deutschen Mädchens öffentlich schuldig gemacht. Bei einer volksthümlichen Nachfeier von Kaisers Geburtstag, veranstaltet von den Preisen, die Ende vorigen Jahres Luther- und GutsMuths-Feiern in Spandau zu Stande brachten, wurde u. a. „Zurück drücker markiges Lied: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ vorgetragen. In der Strophe, die dabei: „Woh über Dich Buben hinter dem Fern“, war die Zeile „Ein deutsches Mädchen küßt Dich nicht“ im Interesse der guten Sitten umgeändert in: „Ein deutscher Jüngling küßt Dich nicht.“

Auf der Eisscholle weggetrieben wurden, wie aus Bordingborg (Dänemark) gemeldet wird, acht Kinder. Diese spielten am 20. Januar beim Dunkelwerden in der Nähe des Bittershölle-Gebälges auf dem Eise. Hoher Wasserstand und Sturm lösten das Eis plötzlich vom Lande ab und führten es, zusammen mit den Kindern, seawärts. Ein in der Nähe des Strandes befindlicher Arbeiter, von dem sich zwei Kinder im Alter von 5 und 16 Jahren ebenfalls auf dem Eise befanden, hörte die Nothrufe der Kinder, schauwachte sie und eilte dann fort, um Hilfe herbeizuschaffen. Bevor man jedoch ein Boot zur Stelle hatte, war über eine Stunde vergangen und die Eisscholle mit den Kindern in der Dunkelheit verschwunden. Auf alle Rufe erfolgte keine Antwort. Die längs des Strandes vorgenommenen Nachforschungen sind ohne jeden Erfolg geblieben und es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß alle acht Kinder im Grab in den Wellen gefunden haben. Eine Wittwe, die gerade vor vier Jahren ihren Mann auf See verloren hat, betrauert jetzt den Tod von vier Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren.

Verantwortlicher Redacteur: E. Renkisch; — Redaction: Neue Graupenstraße 56; — für den Inseratentheil: E. Jahn; — Expedition: Neue Graupenstraße 55; — Verlag von E. Schick & Co.; — Druck von Th. Schatzky; — sämtlich in Breslau.

Siehe eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

31. Sitzung.

Donnerstag, den 7. Februar — 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Dr. v. Boetticher, Freiherr v. Berlepsch.

Die Besprechung der Interpellation Dr. Fize — Dr. Lieber (Centrum) betreffend die Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 im Sinne der Anerkennung der Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Schneider (freis. Volksp.): Nach den gestrigen Erklärungen des preussischen Handelsministers muß man annehmen, daß man an die Schaffung von Arbeitervertretungen noch nicht herangetreten ist, weil man davon eine Stärkung der Socialdemokratie besorgt. Das ist eine Aenderung des Cursets, der noch vor einigen Jahren maßgebend gewesen ist. Sonst hätte man aus derselben Besorgnis damals auch die Schaffung der Gewerbegerichte unterlassen müssen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Stand und jedes Gewerbe das Recht haben soll, sich zu organisiren, aber wir können uns nicht für zwingende Organisationen begeistern, nicht für Handwerkerkammern, auch nicht für Arbeiterkammern. Wir brauchen uns daher den Kopf auch über die Doctorfrage nicht zu zerbrechen, wie die Organisation der letzteren zu gestalten sein wird. Etwas Anderes ist es mit der Anerkennung der Berufsvereine. Schon unser früherer Parteigenosse Schulze-Delitzsch hat betont, daß die Berufsvereine der Arbeiter ein Recht darauf hätten, gesetzlich anerkannt zu werden; er hatte auch einen bezüglichen Antrag eingebracht. Die Bestrebungen der Gewerbevereine können ohne die gesetzliche Anerkennung oft nicht recht zur Geltung kommen. Die Bedenken, welche Abg. Moeller gegen die Anerkennung der Berufsvereine gestern vortrug, vermag ich nicht als berechtigt anzuerkennen. Bei der Mehrzahl der Gewerbevereine halte ich es für ausgeschlossen, daß sie sich der Socialdemokratie und socialdemokratischen Bestrebungen zuwenden könnten. Der Hinweis auf England paßt nicht, denn England hat eine ganz andere Gesetzgebung und läßt den Gewerbevereinen auch nach der politischen Seite hin mehr Freiheit. Ich hätte deshalb gern gesehen, die Regierung hätte auf diesen Theil der Interpellation eine mehr entgegenkommene Antwort ertheilt, damit den freiständigen Berufsvereinen der Arbeiter eine größere Bewegungsfreiheit wird.

Abg. Kettich (cons.): Meine Freunde sind der Meinung, daß die in den kaiserlichen Erlässen in Aussicht gestellte Organisation bereits durch die Versicherungsgeetze geschaffen ist. Was aber die Berufsvereine betrifft, so theile ich durchaus die Befürchtung des Abg. Moeller, daß nach ihrer gesetzlichen Anerkennung die Socialdemokraten noch mehr als bisher bemüht sein werden, die Gewerbevereine in ihre Hand zu bekommen. Wir würden dasselbe erleben, was England erlebt hat. Ursprünglich wirtschaftliche Vereinigungen entwickelten sich zu einer politischen Organisation. Eine vernünftige Organisation kann ich mir überhaupt nur denken, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer dabei theilhaftig. Auch die Ersteren sind ja schließlich nur Arbeiter. Die Interpellation scheint mir somit der Ausdruck eines mir sehr bedenklich scheinenden Doctrinarismus. Ich möchte diesen Doctrinarismus mit der Kraft vergleichen, die stets das Gute will und stets das Böse schafft.

Abg. Koesike (natlib.): Ich nehme das Wort, weil ich es für gut halte, daß auch ein Arbeitgeber seinen Standpunkt vorlegt, der nicht auf dem Boden der Herren Moeller und Fize v. Stumm steht. Ich lege mit dem Abg. Schneider weniger Werth auf die Einrichtung von Arbeiterkammern, als auf die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine, damit diese ihren Aufgaben gerecht werden können. Die Organisation der Socialdemokratie kann dadurch kaum gefährdet werden, denn dieselbe besitzt eine so starke Organisation wie keine andere Partei. Dagegen bedürfen gerade die Arbeiter, die nicht zur Socialdemokratie gehören, eines festeren Vereinigungspunktes. Man muß diesen dadurch die Möglichkeit gewähren, ihre Wünsche und Beschwerden zur Geltung zu bringen. In einem gewissen Gegensatz zu den Arbeitgebern werden sich Arbeiter-Organisationen immer befinden. Darin sehe ich aber keine Gefahr für den Staat, so lange sich die Geltendmachung der Interessen in den Schranken der Gesetze hält. In dem kürzlich beendeten Bitterkrieg wäre es z. B. für uns Arbeitgeber von großem Werth, wenn wir uns einem anerkannten Berufsverein gegenüber befunden hätten. Selbst die Socialdemokratie hat die Gefährlichkeit der Beschlüsse von Volksversammlungen anerkannt. Deshalb hat sich auch wohl Abg. Singer mit mir über den Friedensschluß geeinigt, ohne ein große Volksversammlung zu Rathe zu ziehen. In der Socialdemokratie bestehen heute unzweifelhaft zwei Richtungen, deren eine mit der anderen mehr und mehr unzufrieden ist. Wenn Herr Bebel sich über die Tendenz mancher Socialdemokraten beschwerte, mit bürgerlichen Elementen zu pactiren, so meinte er vornehmlich die Gewerkschaften, die ja in erster Linie bestrebt sind, die wirtschaftliche Lage ihrer Berufsgenossen zu verbessern, und zwar nicht erst in einem zukünftig zu schaffenden, sondern in unserem heutigen Staat. Mit Recht bemerkte Herr Möller, eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit sei die des Arbeitsnachweises. Er meinte, wer den Arbeitsnachweis in der Hand habe, habe die Macht. So sehr wir aber dagegen sind, daß die Socialdemokraten ihn zu politischen Zwecken benutzen, so sehr sollten auch die Arbeitgeber sich hüten, Arbeiter aus politischen Gründen auszuscheiden. Wird der Arbeitsnachweis nach solchen Gesichtspunkten geleitet, so sehe ich darin keine Gefahr. Ja, ich gehe noch weiter. Ich sehe eine Gefahr auch nicht in den Lohnkämpfen, so lange sie mit gesetzlichen Mitteln ausgefochten werden. Sie beruhen zum großen Theil auf be-

rechtigten Ansprüchen. Ihnen rücksichtslos entgegenzutreten, heißt nicht zur friedlichen Entwicklung beitragen. Man muß nicht, wie Herr v. Stumm, in jeder Agitation sofort die Geltendmachung socialdemokratischer Bestrebungen sehen. Lebte Herr v. Stumm in Berlin, so würde er sich wohl daran gewöhnen müssen, socialdemokratische Arbeiter in seinem Betriebe zu beschäftigen. Er wird auch kaum eine Besserung der Verhältnisse dadurch erzielen, daß er bei jeder Gelegenheit nach der Polizei und nach neuen Gesetzen rufft. Der Kaiser hat einmal geäußert, die Arbeiter müssen zu der Ueberzeugung gelangen, daß sie ein gleichberechtigter Stand und als solcher anerkannt sind, dann erst werde es gelingen, die Arbeiter von den Socialdemokraten zu trennen. Auf diesem Standpunkt stehe auch ich, aber er ist mit den Anschauungen des Herrn v. Stumm nicht vereinbar. In dem mir unterstehenden Betriebe bestehen bereits seit längerer Zeit Arbeitsausschüsse und sie funktionieren zu Aller Zufriedenheit. Auch die Wohlfahrtseinrichtungen, welche die Socialdemokratie fortgesetzt verbächtigt, weil sie angeblich nur Arbeitgebern Vortheil brächten, haben sich auf's Beste bewährt. Unsere Sparrasse wird von den Arbeitern sehr viel benützt, denn die Vergütung ist eine sehr hohe. Man hat gegen sie vornehmlich eingewendet, sie solle die Arbeiter an den Betrieb fesseln. Das Gegentheil hat sich beim Böttcherausstand gezeigt; dieselben erhielten ihre Ersparnisse ausgezahlt, und diese haben es ihnen hauptsächlich ermöglicht, so lange im Ausstand zu verharren. Trotz allem, was die Gegner, vor allem Herr Moeller, gesagt, bin ich der Meinung, daß es auf socialen Gebiete keinen Stillstand geben darf. Man kann einmal ein langsames Tempo einhalten, aber das Ziel muß man immer im Auge behalten.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Die vortreffliche Rede, die Sie soeben gehört haben, erpart es mir, Herrn Moeller meinerseits noch eingehend zu erwidern. Vom Abg. Kettich war es jedenfalls nicht sehr freundlich, daß er unsere Interpellation auf einen Doctrinarismus zurückführte, der stets das Gute wolle, aber oft das Böse schaffe. Was würde der verehrte Herr sagen, wenn ich ihm ein anderes Wort von Goethe entgegenhielte: den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er es beim Krug hätte. Es ist in der Debatte viel gegen Arbeiterkammern eingewendet und von manchen Rednern den Berufsvereinen der Vorzug gegeben worden. Die Art der Organisation ist für uns eine offene Frage, sie ist in letzter Linie nichts als eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Erklärung des Reichskanzlers hat uns offenbart, daß die Regierung auch heute auf dem Boden der Erlasse von 1890 steht. Diese Erklärungen sind auch von dem preussischen Handelsminister in keiner Weise abgeschwächt worden. Wie sollte er das auch? Wird er doch als der Vater jener Erlasse bezeichnet und deshalb von gewissen Kreisen angefeindet. Wir rechnen ihm das, was er gethan, zum hohen Verdienst an. Wir befürchten auch ernstlich, daß es nur zur Stärkung der Socialdemokratie beitragen könnte, wenn die Ueberzeugung Boden gewänne, daß ein Stillstand in der Socialreform eingetreten sei. Deshalb haben wir die Interpellation eingebracht. Nebenher war bestimmend für uns, daß man neben der Umsturzvorlage, neben der Bekämpfung der Socialdemokratie auch positive Reform-Maßnahmen bieten müsse. Abg. Fischer wirft uns ohne Grund vor, die Interpellation hänge mit dem Umfall des Centrums in der Umsturzcommission zusammen. Weiß er denn nicht, daß wir ähnliche Anträge schon in zwei Sessionen eingebracht haben, ehe an eine Umsturzvorlage gedacht wurde. Den Weg der Interpellation haben wir diesmal mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses gewählt. Darin hat Herr Fischer vielleicht Recht, daß wir mehr hätten fordern können. Aber das hätte doch noch weniger zu einem positiven Resultat führen können. Vom Umfall des Centrums in der Umsturzcommission kann nur der sprechen, der die Rede meines Freundes Groeber in der ersten Lesung der Vorlage nicht gehört hat. Dieser hat zwar erhebliche Bedenken geäußert, sich aber durchaus zu einer ernstlichen Prüfung der einzelnen Vorschläge bereit erklärt. Weder gegenüber von einem Umfall redet, muß entweder einen schwachen Sinn oder ein böses Herz haben. (Heiterkeit.) Bei der Prüfung der Regierungsvorschläge lassen wir uns in keiner Weise von parteiischen Gesichtspunkten leiten. Die Socialdemokratie stößt übrigens die christlichen Arbeiter selbst von sich, wenn sie in solcher Weise, wie es gestern Herr Fischer gethan, gegen das Christenthum sich äußert. Auch viele von den Wählern der Socialdemokraten werden noch Christenthum genug in sich haben, um auf die Macht der Thatsachen mehr Vertrauen zu haben als auf die Kraft tollender Worte. Gewiß bestehen in katholischen Ländern auch Mißstände, wie beispielsweise in Belgien. Aber die katholische Regierung in letzterem Lande ist erst seit zehn Jahren am Ruder, und es wird ihr nicht leicht gemacht, die Folgen der früheren Gesetzgebung zu beseitigen. Auch christliche Arbeitgeber thun manchmal den Arbeitern gegenüber nicht ihre Schuldigkeit, aber dann ist nicht das Christenthum, sondern der Ubfall von demselben schuld. Das Christenthum behält trotzdem seine Macht, es wird sie auch dem Umsturz gegenüber bewahren. Aber wir wollen es wenigstens außerhalb der parlamentarischen Redefreiheit gegen Herabwürdigungen schützen. (Beifall im Centrum.)

Preussischer Handelsminister Fize v. Berlepsch: Meine gestrigen Ausführungen müssen verschiedentlich mißverstanden worden sein. Es hat mir ferngelegen, auszusprechen, daß vorläufig Ruhe auf dem Gebiete der Socialreform sei. Eine solche Erklärung würde mit meinen früheren und auch mit der gestrigen des Herrn Reichskanzlers in Widerspruch stehen. Die letztere war übrigens nur eine Erklärung namens der preussischen Regierung, ebenso wie die meinige. Man hat in der Debatte darauf hingewiesen, die Arbeitervertretung, welche der kaiserliche Erlaß fordere, sei bereits durch die Versicherungsgeetze und durch die Gewerbegerichte geschaffen. Diese Annahme ist schon deshalb irrig, weil die ersteren schon vor dem Erlaß zu Recht bestanden, die letzteren in der fertigen Vorlage vorgegeben waren. Der kaiserliche Erlaß konnte daher diese Vertretungen nicht im Auge haben, ebensowenig aber

die Arbeiterausschüsse, die ja nur facultativ und für einzelne Betriebe bestanden. Die Erklärung, daß das preussische Ministerium nicht zur Ruhe gekommen ist, beweist, daß die Socialreform nicht zur Ruhe gekommen ist. Aber jede Maßnahme muß eben daraufhin geprüft werden, ob sie nicht die socialdemokratische Agitation zu stärken geeignet sei. Ich habe die kaiserlichen Erlasse nicht verfaßt, ich habe sie fertig vorgefunden. Aber ich habe sie zu meinem Programm gemacht und werde in keinem Punkt von diesem Programm abgehen.

Abg. Fize v. Stumm (Reichsp.): Wer die Entwicklung unserer Zeit verfolgt hat, weiß, daß sich die sociale Lage der Arbeiter gebessert hat. Der Verdienst derselben ist größer geworden, während die Rente der Capitalisten beständig gefallen ist. Der Tagelöhner steht häufig besser da als der Bauer. Es liegt mir fern, zu behaupten, daß wir in der besten der Welten leben. Auch wir kränken an Schäden, die zum Theil auf sittlich-religiösem, zum Theil auf materiellem Gebiete liegen. Ich bin auch überall für Maßnahmen zur ihrer Beseitigung eingetreten. Auch zur Ausführung der kaiserlichen Erlasse habe ich im preussischen Staatsrath verschiedene Vorschläge gemacht und habe ebenso hier für die Arbeitervertretung gestimmt. In dieser ist aber auch eine Arbeitervertretung geschaffen in den Arbeiter-Ausschüssen, und ich wäre nicht abgeneigt, diesen Arbeiterausschüssen größere Rechte einzuräumen, die Arbeiter auch mehr an den Organisationen auf Grund der Versicherungsgeetze zu theilhaben; dann aber müssen die Arbeiter auch zu entsprechend höheren Beiträgen angehalten werden. Man erkennt vielfach an, daß ich vieles für meine Leute gethan. Aber Andere thun das auch. Ich bin nicht besser als andere Arbeitgeber. Aber ich lege großes Gewicht auf ein gewisses persönliches Verhältnis zu meinen Arbeitern. Ich rufe deshalb auch meine Arbeiterausschüsse oft und gern und höre von ihnen manches Nützliche. Aber ich dulde nicht, daß sich fremde Personen zwischen meine Arbeiter und mich drängen. Was dabei herauskommt, haben Sie beim Berliner Bitterkrieg gesehen. Da hat sich Herr Singer hineingemischt und hat Herrn Köstke zur Capitulation gezwungen. Ich habe jederzeit Uebelstände, die ich entdeckt habe, selbst abgestellt, und man kann mir die Anerkennung nicht verjagen, daß ich nie Mißbrauch mit meiner Stellung getrieben habe. (Nachen bei den Socialdemokraten.) Ich bin wegen meiner neulichen Aeußerungen über die akademische Zensurfreiheit viel angefeindet worden, aber die Thatsachen gehen mir vollkommen recht. Auch darin werde ich Recht behalten, daß das Wirken des Pastors Naumann verwerflich sei und die Arbeiter direct in das Lager der Socialdemokratie treibe. Pastor Naumann hat sich ja schon selbst als ein Bruder der Socialdemokratie bezeichnet. Das kann nicht dazu beitragen Zufriedenheit zu verbreiten. Wer aber die bestehende Gesellschaftsordnung erhalten will, muß gegen alles Front machen, was sie zerstören kann. Ich glaube, das Centrum will die Gesellschaftsordnung erhalten, aber die Mittel, die es dazu wählt, scheinen mir nicht geeignet. Es muß uns behilflich sein die Umsturzvorlage durchzubringen. Ob wir damit viel erreichen, weiß ich nicht. Was wir nicht erreichen, würden wir aber sicher durch mein Socialistengesetz erreichen. Neben dem Umsturzgezet aber Reformen einzuführen, das heißt zwei Schritte vorwärts und drei zurückgehen. Dafür bin ich nicht zu haben.

Abg. Möller-Waldenburg (Socht.): Wir unterstützen die Organisation der Arbeiter sehr gern, da sie eine Abschlagszahlung auf unsere Forderungen darstellt. Die Ausführungen des Herrn von Berlepsch laufen darauf hinaus, daß es mit der Socialreform einstweilen aufhören muß. Mit der Ausführung des kaiserlichen Erlasses hat es also gute Wege. Das konnte man schon aus den gesetzlichen Maßnahmen der letzten Zeit sehen. Trotz des Erlasses sind in dieser Zeit Gesetze gemacht und vom Kaiser bestätigt worden, die das gerade Gegentheil des Erlasses zu Stande gebracht haben. Die Interpellation wird daher Fiasco machen und hat nur den Werth, die Debatte veranlaßt zu haben. Die Forderungen der Arbeiter aber finden keine Berücksichtigung. Das haben wir besonders bei der Berathung des Berggesetzes im Abgeordnetenhause erfahren, die Lage der Arbeiter ist durch dieses Gesetz noch verschlechtert worden, trotz des Erlasses und trotzdem die Lage der Bergarbeiter sich als unhaltbar herausgestellt hat. Es muß die Bergarbeiter besonders schmerzlich berühren, daß sie so von der Gesetzgebung vernachlässigt werden. Streifen sie aber einmal, benutzen sie ihr Coalitionsrecht, so rückt schnell das Militär an und der Belagerungszustand ist nicht fern. Redner geht des Näheren auf die Arbeitsordnungen in den Bergwerken und auf die Behandlung der Bergarbeiter durch die Bergbeamten ein, beides scharf kritisirend und führte am Schluß aus, daß die Bergarbeiter fast nicht besser daran wären, als die Arbeiter unter dem alten Patrefact der Gesindeordnung. Die vorliegende Interpellation habe keinen Zweck, sie sei für die Räte und nach den vorliegenden Thatsachen könnte die Auffassung keine Bewunderung mehr erregen, daß auch die kaiserlichen Erlasse für die Räte seien! (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident von Ledebow: Der Herr Abg. Möller hat in seiner Rede einen Satz gebraucht, wegen dessen ich ihn zur Ordnung rufen muß. Ich kann es nicht dulden, daß er sagte: Der kaiserliche Erlaß ist für die Räte. (Beifall.)

Darauf wird die Fortsetzung der Besprechung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 5 Uhr 45 Min.

Locales.

Breslau, den 8. Februar 1895.

[Stadtverordneten-Versammlung.] Eine große Anzahl Vorlagen sind in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung in verhältnißmäßig

kurzer Zeit erlebte worden. Die wichtigsten derselben wollen wir nachstehend erwählen:

Der Magistrat hatte die Versammlung um ihr Einverständnis darüber ersucht, daß die Privatstraße zwischen der Großen Feldstraße und dem Grundstück der Delfabrik, sog. Karlowitzstraße in eine öffentliche Straße umgewandelt wird. Die Ausschüsse IV u. V, die sich mit der Vorberatung der Vorlage beschäftigten, empfahlen die Annahme und Versammlung erklärte sich mit der Magistratsvorlage einverstanden. — Eine lebhafteste Debatte entspann sich über den neuen Vertrag, der mit dem Theaterdirector Dr. Löwe abgeschlossen werden soll. Der Theaterauschuß ersuchte, den Vertrag mit einigen unwesentlichen Abänderungen anzunehmen und zu bewilligen, daß die Mehrkosten für elektrische Beleuchtung des Stadttheaters über das nach dem Vertrage vom 4. August 1892 zu liefernde Stromquantum von 350,000 Ampèrestunden hinaus bis zum Maximum von 450,000 Ampèrestunden für das Etatsjahr 1894/95 aus dem Extraordinarium genommen werden; und das von Director Dr. Löwe an die Versammlung gerichtete Schreiben, betreffend das Ersuchen, ihm die Nachzahlung der gestundeten Beträge wegen Uebersteigerung des contractlichen Beleuchtungsmaximums erlassen zu wollen, dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Referent, Stadtr. Simon I. behandelte den Vertrag in längeren Ausführungen. Er bemerkte u. a., daß die Leistungen des Stadttheaters allgemein anerkannt würden; wir frankten nur daran, daß wir gute Leistungen für wenig Geld haben wollen. Man stelle zu hohe Ansprüche und die Kritik in den hiesigen Zeitungen, insbesondere die scharfe Kritik ist mit daran schuld, wenn das Publikum immer höhere Ansprüche macht. — Es werde bemängelt, daß das Schauspiel im Stadttheater immer mehr zurücktritt; das Bedürfnis hierfür sei aber gar nicht so groß, was der schlechte Besuch dieser Vorstellungen zeige. Unter diesen Umständen ist es dem Director nicht zu verargen, wenn er dem Schauspiel weniger Aufmerksamkeit schenkt. Im Uebrigen ersuchte der Referent um die Genehmigung des Vertrages. Hatte so der Referent seinem Vortrage in unzweideutiger Weise Luft gemacht, so ließen die verschiedenen Wünsche und Anträge aus der Versammlung nicht lange auf sich warten. Stadtr. v. Orlitz will eine Abänderung des § 3 des Vertrages dahin, daß das Stadttheater nicht nur ein Kunst-, sondern auch ein Bildungsinstitut sein soll. Stadtr. v. Orlitz wünschte, daß die Studenten im Stadttheater ein billigerer Eintrittspreis gewährt wird und Stadtr. v. Orlitz beantragte, daß die Bilanz des Stadttheaters und Abschrift des Revisionsprotocolls alljährlich der Stadtr. v. Orlitz-Bersammlung vorgelegt werde. Nachdem noch die Stadtr. v. Orlitz, Hapnauer und John und Stadtr. v. Orlitz, Steiner zu der Sache das Wort genommen hatten, wurde bei der Abtammung die Vorlage nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt, mit ihr gelangten die Anträge der Stadtr. v. Orlitz, Orlitz und Schlegel zur Annahme, den Antrag R. pfe lehnte die Versammlung ab. — Die Stadtr. v. Orlitz-Bersammlung soll sich damit einverstanden erklären, daß 1. zur Ausführung des Baues des Fingercanals auf der Viehweide zwischen Berliner Chaussee und Darmstraße im Zuge der dort durch den Bebauungsplan festgesetzten Straße und zur späteren Anlegung dieser Straße selbst eine den kaiserlichen Erben gehörige Parzelle von 8,89 Ar Größe für den Gesamtpreis von 4445 Mk. aus dem Extraordinarium entnommen und 2) gegen die Grundstückseigentümer, den Stollenbesitzer Carl Siegmund in Gauden und die Erben des verstorbenen Stollenbesizers Wilhelm Langer ebenda, den Gärtner Ferdinand Förster in Breslau, den Pflanzgärtner Carl Häbner in Bopelwitz und diejenigen Eigentümer der von jener Straße geschnittenen Grundstücke, welche nachträglich noch die Erlaubnis zum Bau des Fingercanals auf ihren Grundstücken verweigern, das Enteignungsverfahren hinsichtlich der zwischen den festgesetzten Grundstücken liegenden Grundstücke eingeleitet werde. Die Versammlung beschloß einstimmig dem Ersuchen des Magistrats stattzugeben. — Zur Bestätigung des Titels V der Ausgabe des Etats der Allgemeinen Verwaltung verschiedener Einrichtungen und Ausgaben pro 1894/95, betr. den Polizeibehälter der Stadt Breslau wird gemäß dem Beschlusse der Versammlung ein Betrag von 40,316 Mk. dem Hauptextraordinarium der Kammer entnommen werden. — Der Verkauf des Schützenhauses am der Mühlstraße, für den Preis von 90,000 Mark, zur Erweiterung der Katharinenstraße wurde von der Versammlung beschlossen. — Dem Antrage des Magistrats, betr. den Gehalt der früheren Hauptwachmanns wurde die Versammlung zu; dasselbe der als

bringlich vorgelegten Ordnung betr. die Erhebung einer Umsatzsteuer von bebauten und unbebauten Grundstücken. — Eine Reihe von Vorlagen des Magistrats gelangte zur Ueberweisung an die bezüglichen Ausschüsse. Unter ihnen befindet sich die Bewilligung des billigeren Gaspreises von 12 Pf. pro Kubikmeter auch für Hausflur- und Treppenbeleuchtung und der Antrag auf Unterstützung des von einer zu begründenden Actiengesellschaft geplanten Unternehmens der Errichtung eines Hallenschwimmbades hieselbst seitens der Stadtgemeinde durch Erwerbung von 30,000 Mark Stammactien. Weder der Referent, Stadtr. v. Orlitz, noch die übrigen Stadtväter fühlten sich veranlaßt, auf diese Angelegenheit etwas näher einzugehen. Nach Schluß der öffentlichen Sitzung wurde geheim verhandelt.

[Krankenkasse der Steinmeger.] Die Ortskrankenkasse für das Steinmезgewerbe hielt am Mittwoch, den 6. Februar, Abends 8 Uhr, im Hotel de Silesie, Mäntelstraße 15. auf Anordnung der Aufsichtbehörde eine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Kassenbericht, Ergänzungswahl des Vorstandes und Abstufung über die Anordnung der Regierung zu Breslau. Die Versammlung war sehr zahlreich, auch von Arbeitgebern besucht. Der Kassirer erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1894. Die Gesamteinnahmen betragen 4050.37 Mk., die Ausgaben 3941.99 Mk., mithin verbleibt ein Bestand von 108.38 Mk. In den Ausgaben sind folgende Posten enthalten: für ärztliche Honorare 216.9 Mk., für Arzneien und sonstige Heilmittel 535.19 Mk., Cur- und Pflegekosten an Krankenhäuser 322.25 Mk., Krankenunterstützungen an 74 Mitglieder 1951.75 Mk., Sterbegelder in 7 Fällen 180 Mk., zurückgezahlte Darlehen 15.60 Mk. Verwaltungskosten: persönliche 303.48 Mk., sächliche 78.58 Mk. Die Kasse zählt gegenwärtig 166 Mitglieder. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Alsdann erfolgte die Vorstandswahl. Von den Arbeitgebern wurden die Herren Brückle und Thun, von den Arbeitnehmern der Steinmезer R. y und der Schleifer Mühlberg mit absoluter Majorität gewählt. Hierauf verlas Colleague Hübenett die Schreiben des Magistrats und der Regierung betreffend die Schließung der Kasse.

Dem Vorstande zur Kenntnissnahme mit dem Auftrage, umgehend eine Generalversammlung einzuberufen und derselben eine Statutenänderung nach einlegendem Muster auf Erhöhung der Beiträge zur Beschließung vorzulegen. Der Vorstand hat bei dieser Gelegenheit die Generalversammlung davon in Kenntnis gesetzt, daß die höhere Verwaltungsbehörde die Schließung der Kasse verweigert und daß, falls die Veranlassung der Kasse es unterlassen sollte, die Statutenänderung zu beschließen, die höhere Verwaltungsbehörde die Beschließung anordnen und — falls auch dieser Anordnung keine Folge gegeben wird, innerhalb der erforderlichen Abänderung des Statutenwerks von Amts wegen mit rückwirkender Wirkung vollziehen würden. Neben dem Beschlusse ermahnt der Magistrat Bericht des Vorstandes binnen drei Wochen, gegebenenfalls sind demselben 2) der verbleibende Statutenentwurf, 3) die Unterlagen für die ordnungsgemäße Einberufung der Generalversammlung, 4) das Protokoll derselben beizubringen.

Der Committentus für general. d. Hilfskassen. P. P.

Zu Anfang dürfte aus der ungenügenden wirtschaftlichen Lage der Kommunitäten die Notwendigkeit der Anhebung der Kasse kaum hervorgehen sein. In der Rückgang in den Lebensverhältnissen führt durch eine entsprechende Herabsetzung des der Regierung der Beiträge zu Grunde gelegten Durchschnitts-Darlehens genügende Beschließung herbei kann. Die Kassenverhältnisse selbst sind aber trotz des Gesamtertrages der Kasse von 307.50 Mark bei weitem nicht so günstig, wie die Kasse sie darstellen möchte. Zunächst ist die Mitgliederzahl in der Zeit vom 1. Januar bis Ende December 1894 von 142 auf 221 gestiegen. Dieser Steigerung der Vermögenslage in dieser Zeit bei einem Beitragssatze von drei Mark und einer Gesamteinnahme von 3600 Mk. gegen das Vorjahr nur noch 34.90 Mk. Sollte die Kasse in der genannten Zeit statt des Beitragssatzes von 3 Mk. den gesetzlich zulässigen (Heilweise auch angeordnet) Beitragssatz von 4 1/2 Mk. gehabt, so würde sie bei ungeändertem 1800 Mk. Beitragssatze nicht nur finanzielle Kosten der Krankenunterstützung, Kassenverwaltung und den hergebrachten Beitrag zum Referat des Kassirers sparen, sie hätte außerdem einen beträchtlichen Ueberschuß zu verzeichnen gehabt. Bei dieser Sachlage ist der Kasse zu einer Erhöhung der Beiträge Rath. Sollten eine noch andere Bedenken vorliegen, so möge mit der Regierung darüber harrigen, andererseits aber der Kasse ein weiterer Antrag bald gefällig eine Erhöhung der Beiträge aufgeben und über den Erfolg dieser Anordnung binnen 6 Wochen berichten.

Stinzel Regierung get. Dienst.

Ueber den Beitrag, wonach die Kassenbeiträge für Arbeiter von 36 auf 54 und für Lehrlinge von 21 auf 33 erhöht werden sollen, entspann sich

eine sehr lebhafteste Debatte. Colleague Hübenett gab seine Meinung dahin ab, daß die Gehilfen einen so hohen Beitrag nicht zahlen könnten, weil die Verdienste durchaus nicht danach sind.

Für 81 Pf. wöchentlich erhielten sie auch nur 9 Mk. wöchentlich Krankenunterstützung und nur für die Dauer von 13 Wochen. Diese Leistung sei für die Beiträge viel zu wenig. Es sei sicher anzunehmen, daß viele Mitglieder den Hilfskassen beitreten würden, wenn die erhöhten Beiträge zum Beschlusse erhoben würden. Er rathe davon ab. Vor drei Jahren, als die Kasse die Leistungen von 12 auf 9 Mk. herabsetzte, habe die Aufsichtsbehörde das verweigert, h. u. wollte sie die Arbeiter bis zum höchsten Satze der Beiträge bringen. Weder die Herabsetzung der Kassenleistungen, noch die Erhöhung der Beiträge auf drei Procent habe die Kasse heraufgebracht, die Steigerung bis 4 1/2 Procent werde eine Besserstellung der Kasse auch nicht herbeiführen können. Der Durchschnittslohn der Steinmезgehilfen ist in Breslau auf 18 Mk. festgesetzt, das bedürfe der Regelung, da es nicht soviel beträgt. — Diesen Ausführungen schloß sich mehrere Collegen an. Auch die Arbeitgeber sind für Schließung der Kasse. Herr Künzel erklärte, daß er seinerseits eine Fabrikasse einrichten werde. Der Vertreter des Steinmезmeisters Naggl, Werkführer Gasse rechnet aus, daß ein Steinmезmeister in Breslau, der 60 Gehilfen beschäftigt, wie es bei Submissionsarbeiten vorkommen könne, gegen Bunzlau etwa 600 Mk. mehr Krankengeld zu zahlen müßte, wenn die erhöhten Beiträge angenommen würden. Colleague Neumann schlägt vor, statt 4 1/2 nur 4 Procent des durchschnittlichen Tageslohnes anzunehmen, was aber von der Versammlung auch als verfehlt angesehen wird. Colleague Lösch bringt schließlich eine Resolution ein, dahingehend, den Beschlusse der Generalversammlung vom 1. November 1894 an die Schließung der Kasse aufrecht zu erhalten. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Schluß der Versammlung 11 Uhr.

[Volks-Vorstellung.] Die Billets zu der Sonntag Nachmittag stattfindenden Volks-Vorstellung im Thalia-Theater sind in den bezeichneten Verkaufsstellen nur bis Sonntag Mittag zu haben.

[Stadt-Theater.] Heute Freitag, findet die Vorstellung zu Gunsten der Hinterbliebenen des auf der „Elbe“ verunglückten Oberregisseurs Adolf Baumann statt. Die Vorstellung findet im Abonnement statt; Bors sind ungültig. Ueberzahlungen werden an der Kasse dankend quittirt. — Morgen, Sonnabend, geht Wagners „Tannhäuser“ in Scene.

[Lobe-Theater.] Sonntag geht als Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen der Schwank „Zum wohlthätigen Zweck“ in Scene.

[Thalia-Theater.] Sonntag gelangt „Die Grille“, ländliches Charakterbild von Charlotte Birch-Pfeiffer zur Aufführung. Der Billetvorverkauf für diese Vorstellung findet morgen, Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr bei L. A. Schlegel, Ring 10.11, statt.

[Concordia-Theater.] Die Operettenposse „Der Tanzteufel“ wird heute Freitag, zum letzten Male wiederholt. — Sonnabend fällt die Vorstellung aus. — Sonntag gelangt „Else vom Erlenhof“ zum vierten Male zur Aufführung. Das nächste Benefiz findet künftigen Donnerstag für Herrn Kapellmeister Baumgarten statt; zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Weibererziehung“ von Benedix. Billets zu diesem Benefiz sind täglich im Theater zu haben.

[Ein schwerer Einbruch-Diebstahl] wurde in der Nacht zum 7. d. M. in das Geschäft des Händlers Hoppe auf der Oderstraße, Ecke Messergasse, verübt. Der Dieb erbrach mehrere Thüren gewaltsam, um in den Laden zu gelangen und entwendete folgende Uhren und Schmuckgegenstände, die einen Werth von 6000 bis 7000 Mark haben: 42 goldene Damen-Remontoiruhren, 5 goldene Herrenuhren, 3 silberne Sabonetuhren mit Goldrand, 3 silberne Sabonetuhren ohne Goldrand, 240 goldene Ringe, darunter etwa 40 Trauringe, 150 Paar goldene Ohrringe, 60—70 goldene Broschen mit silberner Platte, 20 silberne Broschen und 5 Brillantringe. Auf die Ermittlung der Diebe und Herbeischaffung der gestohlenen Sachen wird eine hohe Belohnung zugesichert. — Diese Belohnung ist noch am Donnerstag Abend von dem Schutzmann Pösch bedient worden, der gegen 11 Uhr Abends zwei ihm auf fallende Arbeiter, die mit zwei Frauenpersonen im Schweidnitzer Keller geheten, verhaftete. Dabei versuchte der eine Eigenthümer voll Goldsachen unter die Bank zu werfen, während der andere einen vergeblichen Fluchtversuch in Scene setzte. Die Revision auf der Polizeiwache am Rathhaus findet heute aus den Taschen der Verhafteten, die sich Fingerringe und Jungfer nannten, noch eine Menge Geldwaren zu Tage.

[Zur Verhaftung gesucht] wird der Geschäftsführer der Zweigstelle Breslau des Verbandes deutscher Gewerkschaften, Hugo Jäger, der flüchtig geworden ist.

nachdem sich bei einer Kassenrevision ein Manco von 1000 M. herausgestellt hatte. J. ist 29 Jahr alt, unterseht und hat röhlichen, spitzen Kinnbart.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 6. d. Mts.: 49 Personen. — Gestohlen: einem Kaufmann in der Junkerstraße eine Wanne. — Abhanden gekommen: ein Trierer-Boos, Nr. 70,256 C, eine Brillantbroche, eine Büfennadel mit Perlen, eine silberne Damenuhr, ein Portemonnaie mit 7,70 M. und ein goldener Ring. — Gefunden: zwei Ohrringe, eine Granatbroche, ein Spartaftbuch und ein wollenes Tuch.

Schlesien.

B. Hirschberg, 7. Februar. Endlich ist man hier dahinter gekommen, wie die III Socialdemokraten am schnellsten vom Erdboden vertilgt werden können. Und zwar sind es die Herren im Schwarzkitzel, welche uns das Todesurtheil verkündet haben. In einer am 3. Februar hier einberufenen Versammlung, zu welcher laut Inserat alle katholischen Haus- und Familienväter in den Gasthof zum „Synast“ eingeladen waren, sollte ein katholischer Volksverein gegründet werden. Herr Pfarrer Förche war es, der den Erschienenen die Nothwendigkeit eines solchen Vereins zu beweisen suchte, indem er auf die vom Kaiser in Königsberg gesprochenen Worte hinwies, wonach alle Wohlgesinnten den Kampf gegen den Umsturz aufnehmen müssten. Natürlich, wenn man sich überall gegen den Umsturz rüstet, konnte Hirschberg nicht zurückstehen. Aber der Redner in soll nicht nur den Umsturz betriegen und nach also da seine Vorbereden erobern. Sittlichkeit wird seine Aufmerksamkeit gewidmet sein. Denn auch, so mehlte der Herr Pfarrer, die Socialdemokraten haben den Kampf gegen Religion und Sittlichkeit erklärt, den Kampf gegen die Regierung, die Ehe, das Eigenthum und alle heiligsten Güter der Menschheit. Der Volksverein müsste sich hier in's Zeug legen und wieder „Ordnung“ schaffen. Glückliches Hirschberg, nun wirst Du bald von den bösen Socialdemokraten erlöst sein, wenn solche Streiter gegen den Drachen Umsturz auftreten; kann der Sieg nicht ausbleiben. So domierte der Herr Pfarrer noch eine Weile gegen die gottlosen „Rothen“ und schloß seine Rede mit den Worten: „Nicht wollen wir ausrufen „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ sondern „Katholiken aller Länder vereinigt Euch!“ — Nun, wir wollen sie darin nicht stören, aber unsere Meinung wollten wir wenigstens der frommen Schere in der Versammlung kund thun. Als man keine Veranstaltung zu einer Discussion machte, meldete sich Genosse Art zum Wort. Bereitwillig gestattete man ihm auch zu reden, offenbar in der Voraussetzung, eines der treuen Schafe vor sich haben, welche die Herrn Pfarrer gar so gern in ihr Herz einschließen. Doch die Enttäuschung sollte bald kommen. Kaum hatte Genosse Art seine einleitenden Worte gesprochen und wollte eben seine Ansichten des näheren entwickeln, da erhob sich in seiner ganzen Würde der Herr Pfarrer und mit ihm natürlich der zweite Parteihende, um die Anwehenden zu bitten, den Redner nicht länger mehr anzuhören. Sofort erdünnte die Rufe „Maus mit ihm!“, unser Genosse durfte nicht weiter sprechen und die Gründung des Volksvereins konnte in aller Gemüthlichkeit vor sich gehen. Wir wünschen den hiederen Gründern auch weiterhin den besten Erfolg im Kampfe für Religion, Ordnung und Sitte. Nur möchten wir wünschen, daß sie zunächst vor ihrer eigenen Thür kehren. — Im übrigen werden wir dem Herrn Pfarrer Gelegenheit geben, sich mit uns in einer öffentlichen Volksversammlung über „Umsturz und Umwälzer“ auszusprechen.

Aus den Nachbarprovinzen.

K. Posen. Der geprellte Agrarier. Daß die „Geldhosen und Beisen der Nation“ ihre ausgemergelten Lohrschlaven, wenn dieselben zu schwach zum Frohnden sind, abzuschleiden“ suchen, ist allgemein bekannt, wenn auch die Herren es öffentlich abzuleugnen versuchen. Sind diese Erützen von Thron und Altar aber „unter sich“, — oder glauben es wenigstens — dann kann man interessante Dinge zu hören bekommen. So wurde kürzlich in solch einem engeren Zirkel erzählt, wie ein Rittergutsbesitzer (natürlich auch ein „Geldhose“ von und zu) reingefallen ist, als er einen alten arbeitsunfähigen Hö.igen abziehen wollte. Um den alten Mann los zu werden, giebt er nämlich dem abzuziehenden Schäfer 20 Scheffel Weizen und einige Scheffel anderes Getreide, unter der Bedingung, daß der Schäfer den alten Mann länger als 2 Jahre bei sich behält und verpflegt. Der Schäfer nimmt den „Kaufpreis“ und den alten Lohnschlaven und zieht ab. Der gnädige Herr reißt sich vergnügt die Hände, denn er meint ein gutes Geschäft gemacht zu haben. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten.“ Der alte Mann, welcher wenigstens noch 10 Jahre Aussicht hatte zu leben, wird von dem Schäfer so gut verpflegt, daß er in einigen Wochen stirbt. Die Luftveränderung scheint ihm nicht bekommen zu sein. — Der betreffende Gutsbesitzer soll eine Woche krank gewesen sein vor Aerger, das er seinen Weizen umsonst ausgegeben hat.

Gerichtliches.

Verbrechen gegen § 219 des Strafgesetzbuchs. Gestern früh begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft befindlichen praktischen Arzt Dr. med. Wilhelm E. H. in von hier, welcher angeklagt ist, im Jahre 1894 dem Dienstmädchen Agnes W. gegen Entgelt Beihilfe zum Verbrechen gegen § 219 des Strafgesetzbuchs geleistet zu haben. Zu der Verhandlung waren beinahe zwanzig Zeugen geladen, darunter einige Aerzte, und ferner als Sachverständige der Stadtphysicus Professor Dr. Lefler, Oberarzt Dr. Gellner, Medicinalrath Professor Küstner, der

Director der Provinzial-Hebammen-Lehranstalt Dr. Baum, Professor Dr. Fränkel, Primärarzt Dr. R. Wsch und Privatdocent Dr. Pfannenstiel. Die Vertheidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Berkowitj und Cohn II. Sofort nach Verlesung des Anklagebesschlusses wurde auf Antrag des Staatsanwalts die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Nach fast 13 stündiger Verhandlung wurde das Urtheil verkündet. Es lautete dahin, daß der Angeklagte nach dem Spruch der Geschworenen des Verbrechens gegen § 219 des Strafgesetzbuchs schuldig sei. Mit Rücksicht auf das ganze Verhalten des Angeklagten, bei dem nicht der geringste Milderungsgrund, etwa in ärmtlichen Verhältnissen, zu finden sei, mit Rücksicht auf das warnende Beispiel (Proceß Schwand), das gerade in dieser Stadt vor nicht langer Zeit in so schwerwiegendem Maße statuiert worden sei, und den Angeklagten hätte abhalten sollen — mit Rücksicht andererseits darauf, daß für einen Mann von den Verhältnissen des Angeklagten die auf das Verbrechen gesetzte Strafe schon ihrer Art nach schwerer wirke als auf einen Ungebildeten, habe das Gericht auf eine Zuchthausstrafe von vier Jahren als angemessene und ausreichende Sühne erachtet. Der Angeklagte wurde daher zu vier Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer verurtheilt.

Im Lütischer Anarchistenproceß ereignete sich am Mittwoch ein auffehererregender Zwischenfall. Der Angeklagte Müller erklärte, man solle niemand auf seine Anschulldigung hin verurtheilen; er nehme alles zurück, was er über die Angeklagten Berg, Verbist und Jooris ausgesagt habe, die er der Theilnahme an dem Attentat von Saint-Jacques beschuldigt hätte; er ziehe auch seine Erklärungen gegen Weiskamp zurück, den er des Attentates gegen Renjon beschuldigt hätte. Endlich ziehe er auch die Anschulldigung gegen die in den Dynamitdiebstahl von Chebron Verwickelten zurück. Die Sitzung wurde hierauf auf Verlangen des Staatsanwalts aufgehoben. — Der Schurke, ein würdiger Spießgeselle des russischen „Barons“ hat monatelang Unschulldige verdächtigt und in die größte Gefahr gebracht. Es stellt sich also als betheiltigt an den Attentaten heraus: Der Lockspitel Jagostowski „Ungern-Sternberg“ und der ganz verkommene Gelelle Müller. Das ist alles. — In der wieder aufgenommenen Verhandlung erklärte am Donnerstag der Staatsanwalt, daß er trotz dieser Aussagen des Angeklagten Müller seine Anträge auf Verurtheilung der sämtlichen Angeklagten aufrecht erhalte.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 7. Februar. Das von der Wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages ausgearbeitete Branntweinerzeugungsgesetz liegt nunmehr vor. Danach soll der für den Verbrauch im Inlande bestimmte Branntwein gegen eine feste Branntweinsteuer der Reichsverwaltung gehören. Der zur Ausfuhr gelangende Branntwein soll steuerfrei bleiben. — Der Abg. Noeren (Cent.) bereitet dem Vernehmen nach einen neuen, abgeschwächten Antrag betreffend die Vermehrung der Befugnisse des Reichstagspräsidenten vor. — Der Bericht der Geschäftsordnungs-Commission betreffend die Erweiterung der Disciplinarbefugnisse des Reichstagspräsidenten wird am Montag, 11. d. M., auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden.

Budapest, 7. Februar. Der Landtag nahm nach neunstündiger Debatte die Wehrvorlage an und beschloß, eine Adresse behufs Hintanhaltung des Duell-Verbots in der Armee und behufs Erfüllung der Sonntagsheiligung an den Kaiser zu richten. Die Herren „Volksvertreter“ haben also kläglich vor dem Militarismus und dem „allerhöchsten Willen“ capituliert.

Budapest, 6. Februar. Der „Budapester Correspondenz“ zufolge ergeben die Staatseinnahmen, namentlich aus den indirecten Steuern, in den letzten Wochen derartig günstige Resultate, daß der Finanzminister eine Erhöhung des Voranschlags, namentlich der Verzehrungssteuer, um 700 000 bis 800 000 Gulden beantragen wird. Das Staatsbudget für 1895 dürfte trotz der eventuellen Erhöhung einzelner Ausgabenartikel mit einem Ueberschuß abschließen. — Wenn die Steuerzahler recht kräftig ausgepreßt werden, sind derartige „günstige“ Ergebnisse kein Wunder.

Belgrad, 7. Februar. Der hiesige Correspondent der „Köln. Zig.“ malt die politische Lage Serbiens in den düstersten Farben und versichert, im ganzen Lande mache sich Empörung und Abneigung gegen den Erbkönig Milan geltend, da man befürchte, daß derselbe wieder das Steueruder ergreifen und sich als unverantwortlicher Herrscher aufspielen werde. Der Correspondent betont, daß bei den nächsten regelrechten Wahlen die Radikalen eine ungeheure Mehrheit erlangen und alsdann keinen Augenblick zögern werden, sich der Obrenowitsch zu entledigen. Selbst wenn König Alexander seinen Vater von dem Lande fernhalten würde, dürfte das leider zu spät sein, da der König sehr an Volksthumlichkeit eingebüßt habe. — Es wäre allerdings ein entsetzliches Unglück, wenn Serbien seinen König davonjagte.

Madrid, 6. Februar. Die Deputirtenkammer nahm die Vorlage an, nach der auswärtiges Getreide bei der Einfuhr nach Spanien mit einem Zolle von 2,50 Pesetas (etwas über 2 Mark) auf den Hectoliter belegt werden soll. Die Vorlage wird heute an den Senat gelangen, der die Dringlichkeit für ihre Verathung beschließen wird. Das Gesetz tritt am Tage seiner Veröffentlichung in der amtlichen Gazeta in Kraft.

Paris, 7. Februar. Man ist sehr besorgt über das Schicksal des Dampfers „Gascogne“, der am 26. Januar mit 45 Cajüten- und 129 Zwischenbeckspassagieren Havre verlassen und am 3. Februar in Newport eintreffen sollte. Die Passage bei den Scillyinseln wurde ordnungsmäßig signalisirt. Seither fehlt jede Nachricht von dem Schiffe, welches eines der größten und schönsten Paketbote der transatlantischen Compagnie ist. — Das Journal des Debats veröffentlicht, wie dies bereits auch von anderen Blättern geschah, einen heftigen Artikel, in dem es das Benehmen des Capitäns der „Grathie“ den Passagieren der „Eibe“ gegenüber als Ungehörlichkeit bezeichnet, und verlangt, daß ein internationales Gesetz geschaffen werde, nach dem derartige Unmenslichkeiten gebührend gestraft werden könnten.

— Honolulu, 7. Februar. Die Königin von Hawaii hat abgedankt und die Republik anerkannt. Sie wird noch in Gefangenschaft gehalten.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 6. Februar.

Geschließungen. I. Kellner Julius Mischang, kath., mit Johanna Siebel, kath., hier. — II. Schuhmacher Heinrich Seidel, kath., mit Mathilde Mische, kath., hier. — Arbeiter Robert Fischer, ev., mit Rosina Trezke, ev., hier. — Restaurateur Ernst Tischdörner, ev., mit Emma Adam, hier. Geburten. I. Schuhmacher Paul Fuchs, ev., S. — Kürschner Markus Pesehe, kath., T. — Apotheker Georg Schaffer, kath., S. — Locomotivführer August Niedergefäß, ev., T. — Klempnermeister August Raschke, kath., S. — Zimmermann Paul Mechner, kath., T. — Briefträger Carl Kinast, ev., S. — Schmiedemeister Johann Schwarz, kath., T. — Restaurateur Paul Krause, kath., S. — Schlosser Josef Teuber, kath., T. — Provinzialsecretär Oswald Rößke, ev., S. — Kutscher Carl Fiebig, ev., T. — II. Klempner Gustav Schröder, ev., S. — Arbeiter August Ludwig, ev., T. — Maurer Albert Kirstein, kath., T. — Weichenkeller Paul Maibing, kath., T. — Eisenbahnschaffner Emil Wurche, ev., T. — Schuhmachermeister Josef Jung, kath., T. — Invalid Gustav Viehr, ev., T. — Privat-Briefträger Gustav Hilger, kath., S. — Steinmetz und Schriftstauer August Müller, ev., S. — Vicefeldwebel Heinrich Art, ev., S. — Portier Reinhold Michael, ev., S. — Bademeister und Masseur Robert Scholz, ev., S. — Arbeiter Adolf Schliebs, ev., S. — Zimmermann Gustav Burjan, apost., T. — Bahnarbeiter Friedrich Fiebig, ev., T. — Postkassener Josef Holzbrecher, kath., T. — III. Bahnarbeiter Albert Brendel, kath., T. — Schlosser Hermann Giesel, ev., S. — Schiffseigenthümer Wilhelm Vaas, ev., S. — Arbeiter August Veil, ev., T. — Schlosser Friedrich Hängula, kath., T. — Tischler Rudolf Augsburg, ev., S. — Instrumentenmacher Emil Raschke, kath., S. — Buchdruckergehilfe Eugen Rother, ev., T. — Tischler Heinrich Mastroph, ev., S. — Drechsler Carl Herzog, ev., T.

Verichtigung. In den Geburten I vom 4. Februar muß es heißen: Schmied Ernst Tellmann (nicht Tellmann,) evang. Sohn.

Todesfälle. I. Rabinats-Professor-Wittve Auguste Falk, geb. Kaminich, 87 J. — Arbeiter Ernst Schön, 50 J. — Emmy, T. des Handelsmanns Abraham Garpner, 11 M. — Gertrud, T. des Tuchschuhmachermeisters Heinrich Meusel, 2 J. 10 M. — Malerwittve Rosalie Hrnig, geb. Sieg, 50 J. — Steinsekermeisterwittve Pauline Casare, geb. Bengler, 64 J. — Früherer Köchin Johanna Schumann, 63 J. — Arbeiter Carl Christ, 40 J. — Klempnermeister Robert Bactned, 51 J. — III. Auguste Moskros, ohne besonderen Stand, 62 J. — Kaufmannswittve Ernestine Dittrich, geb. Wandel, 81 J. — Alfred, S. des Bureaubeamten Paul Eckert, 2 J. — Walter, S. des Buchhalters Hermann Douglas, 1 J.

Vom 7. Februar.

Geburten. II. Vorhändler Ernst Seliger, ev., S. — Eisenbahnschaffner Franz Kapweiter, kath., T. — Arbeiter Franz Becker, kath., S. — Bureaudiener Carl Hofmann, kath., S. — Blumenhändler Josef Schanhe, kath., S. — Malermeister Adolf Zabel, ev., T. — Juwelier Reinhold Kurzer, ev., T. — III. Kutscher Friedrich Staske, ev., S. — Tischler Traugott Sobioch, ev., S. — Conditor und Bäckermeister Bruno Schneider, kath., S. — Comptoirist Carl Faulhaber, kath., S. — Bauzeichner Ernst Stübe, ev., S. — Schuhmacher Reinhold Kitzler, ev., S. — Kutscher August Guderle, ev., T. — Vicefeldwebel Josef Zelle, kath., T. — Kaufmann Alwin Kluge, ev., T. — Kutscher Carl Uße, kath., S. — Buchbinder Hermann Spittler, ev., T. — Elektro-Hombodath Theodor Hise, kath., T. — Lehrer Robert Kleiner, kath., S. — Wachtmeister Franz Schlenzog, kath., S. — Ergantz Johann Michael, kath., S. — Schuhmacher Richard Kiedel, ev., S.

Todesfälle. II. Arbeiterwittve Caroline Otte, geb. Geißler, 57 J. — Rentiersfrau Pauline Frühen, geb. Münzer, 63 J. — Hausbesitzer Wilhelm Neumann, 70 J. — Anna, T. des Arbeiters August Müller, 2 M. — Hermann, S. des Maurers Johann Schampel, 7 M. — Schlosser Gustav Weniger, 45 J. — Catharina, T. des Zimmermanns Josef Hermschneider, 3 M. — Elfriede, T. des Arbeiters Johann Brudes, 1 J. — Malermeisterfrau Auguste Hufsch, geb. Engwicht, 43 J. — Buchbindersfrau Caroline Klimtowitsch, geb. Dente, 27 J. — Früherer Hausbesitzer Friedrich Fahrwaldt, 81 J. — Pens. Eisenbahnwerkmeister Julian Kurpan, 63 J. — Richard, S. des Arbeiters Johann Gromotika, 7 M. — Emma, T. des Bremfers August Reinsch, 3 J. — III. Arbeiter-Wittve Louise Wiche, geb. Jagsch, 49 J. — Georg, S. des Buchhalters Paul Tiege, 7 M. — Drochtkenkutscherwittve Josefa Fusch, geb. Feige, 60 J. — Handlungslehrling Edmund Seidel, 18 J. — Erna, T. des Schneidemeisters Johann Radziej, 3 J. — Erich, S. des Bauzeichners Ernst Stübe, 2 Tage. — Emeritirter Lehrer Jngnag Pfeiffer, 88 J. — Schneiderwittve Caroline Boed, geb. Seidel, 75 J. — Maurergesellenfrau Maria Hofe, geb. Rabatz, 28 J. — Strickerin Clara Tiegel, 29 J. — Tischlerlehrling Paul Hymann, 18 J. — Nähterin Emma Fischer, 26 J.

Briefkasten.

J. Bollenhain. Es freut uns, daß Sie über die Zustände in den dortigen mechanischen Weberien berichten; nur ist es sehr wesentlich, genaue Angaben über die Wochen- und Accorblöhne der Arbeiter und Arbeiterinnen zu hefigen. Nähere Auskunft hierüber wäre uns sehr erwünscht und nothwendig zu den bezüglichen Veröffentlichungen. — R. Leutmannsdorf. Wird gelegentlich Verwendung finden. Dank vom Grupp. — X. S. Hegalt. Wir möchten Sie ersuchen, demnächstige Vorkommnisse nächstens etwas schleuniger zu bescheidens. — Grupp.

Zur Confirmation

Complete Anzüge schon v. 5 Mk. a.
Eduard Freund
57, Neuschestrasse 57, Ede Hinterhäuser.

Stadt-Theater.

Freitag:
Vorstellung zu Gunsten der Hinterbliebenen des auf der Elbe verunglückten Ober-Regiments Adjut. Baumann.
"Para."
Das Versprechen hinterm Heerd.
Sonntags:
"Lanzknecht."

Lobe-Theater.

Freitag:
Zum letzten Male:
"Die wilde Jagd."
Sonntags:
Zum 1. Male:
"Der Schlagbaum."
Sonntag Nachmittag:
"Zum Wohlthatigen Zweck."
Abends:
Zum 2. Male:
"Der Schlagbaum."
Sonst unglücklich.

Victoria-Theater

(Simmentaler-Gärten.)

Täglich:
Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Striegau.

Arbeiter-Verein.
Sonntag, den 17. Februar etc.,
Nachmittags 3 Uhr
im Saal des "Stadt-Breslau":
Beitragserhebung u. Aufnahme neuer Mitglieder. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Dr. Borka d.



Damen-Gamaschen,
fest und wasserdicht
4,50 Mk.
Damen-Gamaschen,
Doppelsohle mit Kappe
5,50 Mk.
Damen-Hilfstrümpfen
zum Schützen und
mit Gummizug,
hochlig 6,50 Mk.



Herren-Gamaschen
mit Doppelsohle 7 Mk.
Herren-Gamaschen
auf Rand,
leicht und
haltbar
7,50 Mk.

Herren-Gamaschen, elegant mit Beleg,
998 Kröpfen 8,00 Mk.
Herren-Gamaschen für Herren,
Damen u. Kinder, Knopfstrümpfen, Schür-
und Schürstrümpfen, in Leder, Felle und
Leder für Kinder in jedem Alter, in
großer Auswahl.
Gamaschen für Herren 4,50 Mk.,
Gamaschen für Damen 2,50 Mk.,
Gamaschen für Kinder in jeder
Größe 2,00 Mk.
Ludwig Herz,
Breslau, Blücherplatz 4,
(neben der Kaiser-Apotheke).

Kaffee! Kaffee!
Der beste ist der, der 140 160 Pfg.
Gottlieb's Kaffee, der 12 Pfg.
Der beste Kaffee, der 12 Pfg.
Der beste Kaffee, der 12 Pfg.
Der beste Kaffee, der 12 Pfg.
Der beste Kaffee, der 12 Pfg.
Der beste Kaffee, der 12 Pfg.
Der beste Kaffee, der 12 Pfg.
Der beste Kaffee, der 12 Pfg.
Otto Ogrowsky jr.,
45 Ecke Gröbenstr. 45

Große Volks-Versammlung.

Sonntag, den 10. Februar, Vormittag 11 Uhr
im Saal des „Deutschen Kronprinzen“, Kurzgasse 50.52.
Tagesordnung: 1. Der Kampf gegen den Socialismus. Referent:
Redacteur Julius Brubas. 2. Discussion.
Frauen sind eingeladen.
Entree 10 Pfg.
Der Eintraster.

Socialdemol. Verein für Breslau u. Umgegend.

Mittglieder-Versammlung.
Montag, den 11. Februar, Abends 8 Uhr, im Vereinslocal Neumarkt 8:
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Winter über das
gebildete Proletariat. 2. Discussion.
NB. Die der Bibliothek entnommenen und über die statutenmäßig fest-
gesetzte Zeit behaltenen Bücher müssen bald zurückgegeben werden.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Sektion der Schlosser).
Sonntag, den 10. d. Mts., Vormittags 11 Uhr
im Edlich's Local zu den 3 Tauben, Neumarkt 8:
Mittglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Die zweite ordentliche Generalversammlung am 17. April
in Magdeburg. Vorschläge zur Wahl eines Delegierten. 2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Sektion der Klempner).
Mittglieder-Versammlung Sonntag, den 9. Februar, Abends
8 Uhr, im Lokal „Zabel's Restaurant“, Kleine Gröbenstraße 15.
Tagesordnung: 1. Vortrag über die Entstehung der Sektion und
der Bibliothek. 2. Neuwahl eines Mitglieds. 3. Wahl der Delegierten zur
Bezirkskonferenz. 4. Vorschläge der Kandidaten zur Generalversammlung
in Magdeburg. 5. Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersucht um zahlreiches
Erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

In nachstehend verzeichneten Localen werden regelmäßig jeden
Sonntags Abends von 8 bis 9 Uhr ab Vereinsbeiträge erhoben:
Rüster, Lehndamm.
Elsner, Kleine Speiningerstraße 57, Ecke Gröbenstraße.
Edlich, Neumarkt 8 (3 Tauben). Jansch Brauerei, Heinrichstraße.
Die am Montag im Vereinslocal stattfindenden Kassenabende bleiben
ebenfalls bestehen.
Der Vorstand.

Georg Dienstfertig

Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft
Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Kleiderstoffen, Leinen, Cattune, Züchen, Jaletts,
Herren- und Damen-Wäsche
fertige Confection
in feinsten Stoffen der besten Fabrik.
Große Auswahl in Arbeiter-Hosen, Hemden und -Blusen.
Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe.

Fabrik von Arbeitersachen

Spezialität: Arbeitshosen.
E. Liedecke, Stadgasse Nr. 30.
En gros 2776 En détail

Das platte Land u. die Socialdemokratie.

Von Emil Giffart.
Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.
Noch immer herrscht in unserer Socialdemokratie ein Mangel an
unabhängigen Schreibern für die Landgemeinden; in unsern eigenen
Blättern sind die Verfasser in jeder Beziehung in unserer Darstellung
stark über die wirtschaftliche Entwicklung des platten Landes, und
sich in den komplizierten Beziehungen des ländlichen Proletariats
gerichtet und legt dar, warum es nicht angeht, die internationalen The-
sen einfach auf das platte Land zu übertragen. Da diese Schrift
kann den Genossen ein gutes Beispiel sein.
Zu beziehen durch die
Expedition d. Blattes.

Empfehle meine angenehmen

Restaurations-Localitäten
einer geneigten Beachtung.
Jeden Sonnabend: 3457
Eisbeine.
W. Menzel vorm. Galle,
4 Andersohnstraße 4.

Musik-Instrumente.

Alle Bläs-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielböden zum Drehen u. selbst-
spielend, Musik-Automaten fertigt
R. Cohn, Kupferschmiedestr. 17.

!! Cigarren !!

vorzüglich und billig empfiehlt
Oskar Betz
2. Adalbertstraße 2. 3102

Farin

bester, Pfd. 20-22 Pfg.
Kaffee, Carlsbader Mischung, unüber-
troffen, von großartigem Geschmack,
Pfd. 1,60 Mk. 3434
andere Sorten, von 1,20-1,80 Mk.
Feinstes Backobst, Pfd. 20 Pfg.
Groß. neue türkl. Pfeffer n, Pfd. 20 Pfg.
Schonen u. E. Sfen, guttuch, Pfd. 10 Pfg.
Erbsen, geschält, und Hirse, Pfd. 2 Pfg.
Graupen, per Pfd. von 10 Pfg. an.
Wiener Grieß, Pfd. 14 Pfg.
Pa. weicher Pflaumenmus, Pfd. 18 Pfg.
Zajelmargarine, feinste, Pfd. 70 Pfg.
Speisefett, Pfd. 58 Pfg.
Eingelegte Schnittbohnen, und
getrocknete Gemüse billig.
Mathiasstr. 99,
E. Adamy, Salzstraße 1.

F. Weich,

Friedrich-Wilhelmstr. 5.
Beste Bezugsquelle
für 2716
**Herren- u. Knaben-
Garderobe.**
Große Auswahl, spottbillige Preise.
F. Weich,
Friedrich-Wilhelmstr. 5.
Kaufmann u. Raab eig. u. billig.

Umsturz und

Socialdemokratie.
Verhandlungen
des deutschen Reichstages
am
17. December 1894
und 8.-12. Januar 1895
nach dem
officiellen stenographischen Bericht.
Heft II erschien soeben und ist
zum Preise von 15 Pfg. durch
unsern Colporteur zu beziehen.

Vereins-Kalender.

Breslau.
Sonntags, den 9. Februar:
Deutscher Metallarbeiter-
Verband (Klempner). Jeden zweiten
Sonntags im Monat, Abends von
bis 10 Uhr: Mitglieder-Ver-
sammlung. Entgegennahme der Bei-
träge, Ausgab. des Verbandsorgans
sowie Umtausch der Bibliotheksbücher
im Caffenlocal, verbunden mit An-
beitnachweis bei Zabel, Kl. Gröben-
gasse 15. — Aufnahme neuer Mit-
glieder. — Die Central-Verberge be-
findet sich in Edlich's Brauerei
zu den drei Tauben, Neumarkt 8.
Metallarbeiter-Verband (Zah-
stelle Breslau [Schlosser]. Abends
8 Uhr: Kassenabend, Ausgabe des
Verbandsorgans, Umtausch der
Bibliotheksbücher u. Aufnahme neuer
Mitglieder im Local zu den drei
Tauben, Neumarkt 8.
Central-Kranken- u.
Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerbliche
Arbeiter (Hamburg). Abends
8 Uhr: Caffenabend und Auf-
nahme neuer Mitglieder in Heider
Brauerei, Herrenstraße 19 (Ecke
Engelsberg).
Verein zur Regelung der ge-
werblichen Fuhreressen der
Töpfer und Berufsgenossen
Breslaus. Kassenabend. Verein-
versammlungen jeden Sonnabend
den 15. jeden Monats bei Meriti-
kl. Gröbenstraße 11.
Deutscher Holzarbeiter-
Verband. (Zahlstelle Breslau
Vereins- u. Kassenabend
in Jansch's Brauerei, Heinrichstr.
Allgemeine Kranken- u.
Sterbekasse der deutsche
Drechsler u. der verwandte
Berufsgenossen. (E. H. S.
Hamburg) Abends von 8-10 Uhr
Kassenabend in Leopold
Restaurant Hummeri 32.
Verband deutscher Gol-
und Silberarbeiter und ver-
wandter Berufsgenossen.
(Zahlstelle Breslau) — Abends
8 Uhr: Vereins- und Kassen-
abend in Rüster's Lokal, Lehndamm
28. — Aufnahme neuer Mit-
glieder.
Verein deutscher Schu-
macher (Zahlstelle Nr. II.) Abends
8 Uhr in Berg's Restaura-
Bismarckstr. 32.
Allgem. Kranken- und Ster-
bekasse der Metallarbeiter
(E. H. 29.) Abends von 8-10 Uhr
und jeden Sonntag nach dem
jeden Monats von 12-2 Uhr Kassen-
tag im „goldnen Hecht“, Neuschest-
straße 65. — Aufnahme neuer Mit-
glieder.
Vereinigte Schuhmacher. Ab-
ends von 8-10 Uhr: Kassenabend
„rothen Löwen“.
Deutscher Metall-Arbeiter-
Verband, Section der Zeugschmied-
u. Waagenbauer, Zahlabend und Auf-
nahme neuer Mitglieder u. 8-10 Uhr
Abends in der Restauration bei Galle,
Andersohnstraße 4.
Localverband deutscher
Zimmerer. Breslau. Abends
von 8-10 Uhr: Kassenabend
Verbandes der Zimmerer Breslaus
sowie Zahlabend der Central-Kranken-
kasse im „Grünen Hirsch“, Dö-
straße Nr. 3. — Aufnahme neuer
Mitglieder.
Verein Deutscher Cigarren-
Sortierer. (Zahlstelle Breslau)
Kassenabend von 8-10 Uhr bei
Böckel, Nicolaistraße 37.
Gauverein Breslauer
hauer. Abends 9 Uhr: Kassen-
abend im Restaurant „zum Bar-
der Dögel“, Kupferschmiedestr. 32.